

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 45

Sept./Okt. 2009



- ★ Gerdehaus – Nazis als Hausbesetzer?
- ★ Dialog: Öffentlichkeit unerwünscht
- ★ NS-Dokumentationszentrum & Blindgänger
- ★ Karl Völker – Utopie & Sachlichkeit

INHALT

Gerdehus und kein Ende Nazis als Hausbesetzer?	3
Manfred Börm (NPD) Ein Bundestagskandidat mit Strafregister	5
Antrag DIE LINKE/BSG Prävention gegen Rechtsextremismus	5
Klimaschutzbündnis? SVO macht in „gut Wetter“	6
Kosten der Unterkunft Bruchlandung mit Gutachten	7
„Laternengespräche“ Vom Wahlfang und anderen Fischzügen	8
Nachrichten mit Verfallsdatum	10
Deutsch-syrisches Abschiebeabkommen Angst unter Kurden und Yeziden	12
Dritter Celler Trialog Gesellschaft musste draußen bleiben	13
OB Supermen.de „Wir sind für eine Welt ohne Krieg“	15
Interview mit Elke Steven (Grundrechtekomitee) „Störungen muss man eben hinnehmen“	16
Naturfreundehäuser ... den Zugang zur Natur erschließen	18
Utopie & Sachlichkeit Ausstellung mit Bildern Karl Völkers	20
Ueber Macht Kinofestival von „dieGesellschafter.de“	22
Geschichtspolitik – Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, einen Blindgänger zu lieben	23
Termine KINO 8 1/2	26
Termine in Kultur & Politik	27

H
A
L
L
O



Die Utopie der >Gesellschaft der Freien und Gleichen< (Marx) kann nicht als Gesetzesvorlage weder oppositioneller noch regierender Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden.

Johannes Agnoli

Das immerhin lässt uns mit großer Gelassenheit auf den Ausgang der Wahlen schauen. Aber verspielt, wie wir sind, loben wir einen Preis aus für den besten Wahl-Tipp: Wir wollen von euch (vor Schluss der Wahllokale) die Ergebnisse der im Bundestag vertretenen Parteien am 27. September in % der abgegebenen gültigen Stimmen. Der Tipp mit der in der Addition geringsten Abweichung, gewinnt zwei Freikarten für die Veranstaltung mit Ebermann & Trampert (siehe S. 19).

Dann haben wir in dieser Ausgabe zwei bis drei Dinge versteckt, die bei - jeweils anderen - Teilen unserer Leser_innenschaft auf Widerspruch stoßen sollten. Für empörte Mails halten wir deshalb in der nächsten Ausgabe zwei Seiten frei. Alles darüber Hinausgehende wird selbstverständlich gekürzt oder ignoriert.

die Redaktion

Fast vergessen: Der Spendeneingang war zwar nicht zahlreich, aber mal wieder von einem unserer Leser super großzügig. Nehmt euch mal ein Beispiel daran & Geld ist doch eh' bald nichts mehr wert.

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Neonazis als Hausbesetzer?

Bereits im Jahre 2006 hatte der hinlänglich bekannte „notorische Nazi“ und Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg Interesse an dem ehemaligen Hotel in Gerdehaus, Gemeinde Faßberg, geäußert. Der damalige Besitzer Karl Hennies war selber soweit rechts einzuordnen (beispielsweise hat er eigenen Angaben nach Jürgen Rieger bei Besuchen während Pfingsttreffen in dem 1998 verbotenen rechtsextremistischen Schulungszentrum Hetendorf 13 kennengelernt), dass es für ihn kein Problem gewesen wäre, wenn in Faßberg ein Nazi-Schulungszentrum errichtet würde. Im Gegenteil. „*Da könnten den 50.000 Jugendlichen ohne Lehrstelle die Augen geöffnet werden, warum es in Deutschland nicht läuft*“, so Hennies im Jahr 2006.

Nachdem es zunächst um die Pläne Riegers still wurde, fing Ende 2008 der Wirbel von neuem an. Rieger wollte das alte abgewrackte Hotel kaufen, eine Summe von 1,2 Millionen stand lt. CZ im Raum, aber die Gemeinde hatte laut Faßbergs Bürgermeister Hans-Werner Schlitte ein satzungsgemäßes Vorkaufsrecht eingerichtet - das bedeutet, „*dass die Gemeinde, falls ein Verkaufsfall für diese Immobilie vorliegt, dann das satzungsgemäße Vorkaufsrecht geltend machen kann.*“ (Schlitte bei der Bürgerversammlung in Faßberg am 09.08.2009) Und weiter: „*Und dann verstarb der Eigentümer im September 2008 und es stand auch die Zwangsversteigerung an. Da war letztendlich bis kurz vorher von den Rechtsradikalen noch nichts zu hören. Aber dann ergab sich das ganz kurzfristig, dass Rieger das Hotel gekauft hat. Es lag ein Kaufvertrag vor und es ist auch Sicherheitsleistung beim Gericht hinterlegt worden. Wir haben dann damals versucht, natürlich mit Unterstützung des Landkreises und des Innenministeriums die Dinge zu regeln. Es ist dann, weil ein Kaufvertrag vorlag, das satzungsgemäße Vorkaufsrecht ausgeübt worden. Dann haben wir aber wieder Kontakt zum Eigentümer gesucht. Der hatte erklärt, er wollte nun doch nicht an Rieger verkaufen und der Kaufvertrag ist rückgängig gemacht worden. Und unser satzungsgemäßes*

recht ist zwischenzeitlich auch im Grundbuch eingetragen worden. Und wir haben also dann mit Unterstützung des Innenministeriums und des Landkreises von unserer Seite einen Investor gefunden, der dieses Hotel kaufen wollte. Das Kaufpreisangebot war bei 750.000 €“

Das war der Witwe und jetzigen Besitzerin, Elfriede Hennies, zu wenig. Die Verhandlungen zwischen Gemeinde und Familie Hennies gerieten ins Stocken. Gläubiger reichten einen Antrag auf Zwangsverwaltung beim Amtsgericht ein; mit dem Erfolg, dass am 27. Mai diesen Jahres mit Jens Wilhelm ein Zwangsverwalter eingesetzt wurde. Dieser ließ die Schlösser im Hotel austauschen. Doch dann legte Elfriede Hennies einen Pachtvertrag mit Rieger vor, datiert auf den 26.05.2009, was für ein seltsamer Zufall ...

Rieger fühlte sich nun als rechtmäßiger Pächter und ließ das Haus von Kameradschaftsnazis in Besitz nehmen. Unter der Leitung des Celler Neonazis Dennis Bührig, der als offizieller Vertreter Riegers auftrat, wurden die neuen Schlösser aufgebohrt und am 17. Juli das Gebäude besetzt.

Schnell formierte sich Widerstand im Heidedorf. Anne Jander am 9. August bei der Bürgerversammlung in Faßberg: „*Am 24. Juli abends fahren wir zusammen mit den Rädern zum Gerhus. Dort kam es dann auch zu verbalen Auseinandersetzungen und ziemlich bedrohlichen Situationen. Da waren 18 – 20 Nazis mit Hunden und umkreisten das Gebäude. Am Abend haben wir gesagt, wir müssen handeln, wir müssen sofort was tun. Wir dürfen keinen Tag verlieren. Also haben wir am Samstag, dem 25. Juli das Plakat genäht und bemalt mit dem Spruch von Max Liebermann, den er am 30. Januar 1933 am Tag Hitlers Machtergreifung vom Dach seines Palais am Pariser Platz sagte und der auch berühmt geworden ist: „Ick kann jarnich soviel fressen, wie ick kotzen möchte“. Die Mahnwache dauerte 10 Tage. Hier die Zahlen: Sonntag 26. Juli 12 Leute, Montag 25 Leute, Dienstag 50, Mittwoch 65,*





Donnerstag 120, Freitag 150, Samstag 230, Sonntag 350 Leute. Am Montag 115 und am Dienstag, den 4 August gaben die Nazis auf und räumten das Gerhus selbst, 220 Leute. Wir waren das Heidedorf mit den Nazis, jetzt sind wir die Heidjer, die die Nazis vertrieben haben.“

Die Nazis räumten das Landhotel Gerhus nicht freiwillig. Der Zwangsverwalter bezweifelte die Rechtmäßigkeit der Inbesitznahme durch Riegers Leute und rief das Gericht an. Das Amtsgericht Celle fühlte sich nicht zuständig, da der Streitwert über 5000 € lag - so wurde dann am 4. August eine Einstweilige Verfügung für die Räumung beim Landgericht Lüneburg erwirkt und am selben Tag räumten die Nazis nachmittags das Gerhus. Es wurde allerdings nicht über die Rechtmäßigkeit des Pachtvertrags verhandelt. So bleibt offen, ob Rieger als Pächter das Haus wieder nutzen kann - vielleicht sogar als Besitzer, denn laut RTL vom 16.8. geht vor Ort das Gerücht herum, dass Rieger nun doch das marode Hotel kaufen wolle.

Der Räumung ging am selben Tag eine Hausdurchsuchung voraus. Am Montagabend hatten an dem Gebäude eingesetzte Polizisten gegen 21.20 Uhr einen Schuss vom Gelände des Hotels wahrgenommen. Aufgrund einer Eilanordnung der Staatsanwaltschaft Lüneburg kam es dann am nächsten Morgen zu einer Hausdurchsuchung. Zu dieser Zeit hielten sich zwölf Personen im Gerhus auf, darunter vier Jugendliche, die dem Jugendamt übergeben wurden. Es wurden ein Teleskop-Schlagstock, Pfefferspray sowie einige Anscheinwaffen gefunden. Zeitgleich fanden Durchsuchungen bei Neonazis in Hannover und Rotenburg statt.

Bei der bereits erwähnten Bürgerversammlung in Faßberg wurde im Laufe der Diskussion noch einmal deutlich, dass sowohl über das Vorkaufsrecht als auch über den Pachtvertrag die Gerichte entscheiden müssen, wenn Rieger gegen die einstweilige Verfügung angeht. Sollte beides Bestand haben, kann die skurrile Situation entstehen, dass die Gemeinde Faßberg zwar Besitzerin des Gerhus ist, aber mit Rieger als Pächter.

Bei dieser Bürgerversammlung war auch Matthias Behrens anwesend, Kopf der Kameradschaft Snevern Jungs und stellvertretender NPD-Vorsitzender in Niedersachsen. Er agierte nach der in der rechten Szene

propagierten Wortergreifungsstrategie und ging an das Mikrofon. Sehr weit kam er mit seinen Äußerungen nicht, der Großteil der 300 Anwesenden rebellierte: Das Lied „Du kannst nach Hause gehen“ wurde angestimmt, ihm wurde die „Rote Karte gegen rechts“ gezeigt und jede Menge Unmutsäußerungen machten deutlich, dass er bei der Versammlung unerwünscht war. Leider war der Faßberger Bürgermeister nicht gewillt, Behrens des Saals zu verweisen. Nur widerwillig entzog er ihm das Wort. „Wir wollen uns ja mit den Rechtsradikalen auseinandersetzen“, so Schlittes Meinung. Aber damit stand er fast alleine.

Hatte Rieger in der Vergangenheit öfter Interesse an Immobilien gezeigt, um den Preis hoch zu ziehen, so scheint er diesmal doch ernsthafteres Interesse an der Einrichtung eines Nazizentrums in Faßberg zu haben. Diese Einschätzung vertritt zum einen der Verfassungsschutz, zum anderen aber auch „gestandene“ Antifas, die sich mit der Materie intensiv auseinandersetzen. Rieger steht scheinbar unter Erfolgsdruck, seine vollmundigen Ansagen auch mal umzusetzen. Zum anderen ist Rieger ein unbelehrbarer Choleriker. Seine Niederlage mit dem Heide-Heim in Hetendorf, das 1998 im Zuge der Verbote zwei seiner Nazivereine als Vereinsvermögen eingezogen wurde, dürfte noch an ihm nagen. Und die unmittelbare Nähe von Gerhus zu jenem Domizil, das er immerhin 20 Jahre nutzen konnte, dürfte auch für ein ernsthaftes Interesse sprechen. Zudem ist Eschede nicht weit, und dort trifft sich ja oft und gerne die Szene um seinen „Mann vor Ort“, Dennis Bührig. So könnte ein unsägliches Heide-Heiden-Nazi-Netzwerk hier im Landkreis wachsen.

Dass so ein Zentrum eine wichtige Rolle bei der Vernetzung von Nazis spielt, zeigte sich schon in den 18 Tagen der Besetzung. Es waren durchgehend Nazis aus Celle dort, aber auch aus Faßberg und Unterlüß. Nach der Nazi-Demo in Bad Nenndorf war das Gerhus dann Anziehungspunkt für ca. 40 Neonazis. So kamen die örtlichen „Dorfnazis“ mit den Leuten zusammen, von denen sie gleich für weitere Aktionen agitiert werden konnten.

Neben den bekannten Celler Kameradschaftsleuten Dennis Bührig und Helge Grotjans wurden u.a. vor Ort gesichtet: Thomas Marquard und Dennis Pirch aus Hermannsburg, des weiteren Nico Seifert und Oliver Adam, beide waren bereits Gäste bei Nazitreffen in Eschede. Seifert ist in Neumünster auffällig geworden. Zusammen mit seinem Bruder Sven ist er für mehrere Überfälle auf alternative Jugendliche in Einfeld verantwortlich. Er war Ende 2002 Gründungsmitglied der „Kameradschaft Nordmänner“, die jedoch nicht lange bestand. Seit Ende 2007 ist er Mitglied in der von Peter Borchert gegründeten „Aktionsgruppe Kiel“ und tritt als selbsternannter „Autonomer Nationalist“ auf. Er zählt zu den Hauptakteuren der „Aktionsgruppe Neumünster“. Adam ist ein Neonazi aus Rothenburg, der immer wieder an Naziaufmärschen teilgenommen hat, u.a. 2006 in Celle.

Erinnerung an Peter Deutschmann

Am 9. August jährte sich das schreckliche Verbrechen, das zwei Escheder Neonazis an Peter Deutschmann begingen. Vor zehn Jahren drangen sie in dessen Wohnung ein und schlugen ihn derart brutal zusammen, dass er am darauffolgenden Tag an seinen Verletzungen starb. Peter Deutschmann hatte die beiden Skinheads immer wieder wegen ihrer rassistischen Äußerungen kritisiert. Das Celler „Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ legte zum Gedenken an Peter Deutschmann am Ort des Verbrechens Blumen nieder. In seiner Ansprache erneuerte Hartwig Erb (DGB) den Vorschlag, für Peter Deutschmann eine Gedenktafel in Eschede zu errichten, auch als Mahnmal gegen Neonazis. Bei der Veranstaltung waren 60 Personen, Eschede glänzte durch Abwesenheit – wir haben vier Escheder gezählt.



NPD tritt mit Börm an

Im Landkreis Celle scheint die NPD offensichtlich ihre extremsten Kandidaten antreten zu lassen. Waren es zur letzten Landtagswahl noch die beiden u.a. wegen Körperverletzung verurteilten Neonazis Dennis Bührig und Klaus Helmund, soll nun der in Handorf bei Lüneburg lebende Manfred Börm im Wahlkreis Celle-Uelzen als Direktkandidat antreten. Er ist Vorsitzender des NPD-Unterbezirks Lüneburg und stellvertretender Landesvorsitzender der niedersächsischen NPD.

Als Mitglied der mittlerweile verbotenen „Wiking Jugend“ (WJ) und in der sog. „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) um Michael Kühnen ist Börm 1979 mit anderen Aktivisten der so genannten „Werwolf“-Untergrundorganisation an einem bewaffneten Überfall auf einen NATO-Stützpunkt in Bergen-Hohne beteiligt. Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wird er zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Nach der Haftentlassung steigt Börm zum „Gauführer Niedersachsen/Bremen“ der militanten WJ auf. 1994 nimmt er mit den Bundesführern Wolfgang und Wolfram Nahrath an einem „Pfungstlager“ in Hetendorf teil. Zahlreiche heutige NPD-Aktivisten durchliefen diese Lager, gedrillt von Manfred Börm. Die „Ausbildung“ von Kindern und Jugendlichen im „soldatischen Sinne“ sieht Manfred Börm als eine seiner wichtigsten Aufgaben an. Auch deshalb war die Familie Börm in der mittlerweile ebenfalls verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) aktiv, einer Organisation, die im Verborgenen in die Fußstapfen der verbotenen WJ getreten war.



Manfred Börm als Redner auf einer NaziDemo in Osnabrück am 7.3. 2009; Motto: „Die Hermannschlacht - 2000 Jahre Kampf gegen Überfremdung - für nationale Selbstbestimmung.“

Linke fordert kommunales Präventionskonzept gegen Rechtsextremismus

Bis zuletzt sperrte sich die Kreisverwaltung und auch die Mehrheitsfraktionen aus CDU und FDP gegen die Einsicht, dass sich der Landkreis Celle zu einer niedersächsischen Hochburg neofaschistischer Aktivitäten entwickelt hat. Der Nazi-Treffpunkt auf dem Hof Nahtz in Eschede wurde in seiner Qualität nie ernst genommen; vielleicht hat der Wirbel um das „Landhaus Gerhus“ das Problembewusstsein geschärft.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE/BSG hat jetzt eine Initiative ergriffen, die dem Wegschauen und Kleinreden ein Ende bereiten will. Sie fordert mit einem Antrag den Kreistag auf, ein umfassendes Präventionskonzept gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. Die Verwaltung soll hierzu zunächst einmal eine Bestandsaufnahme über rechtsextreme Tendenzen im Landkreis vorlegen und über in der Vergangenheit gelaufene Präventionsprojekte informieren. Für die Erarbeitung eines Konzeptes schlägt die Fraktion in ihrem Antrag vor, sich extern beraten zu lassen - z.B. durch die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) in Braunschweig. Darüber hinaus soll möglichst schnell ein so genannter Präventionsrat entstehen, in dem Informationen aus Schulen, Vereinen, Jugend- und Sportklubs, Gemeindeverwaltungen, dem Landkreis und der Polizei miteinander verknüpft werden könnten, um z.B. ein wirksames Frühwarnsystem zu entwickeln. Weiter will die Fraktion, dass ein Fördertopf zur finanziellen Unterstützung von Initiativen und Projekten geschaffen wird, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Und die Kreisverwaltung soll Weiterbildungsveranstaltungen für kommunalpolitisch Verantwortliche in den Landkreisgemeinden (Verwaltung und Politik) anbieten zum Thema „Rechtsextremismus und Prävention im ländlichen Raum“.

Es wird interessant werden zu sehen, wie sich Verwaltungsspitze und CDU zu diesem Antragspaket stellen – vor allem, ob sie bereit sind, dafür Mittel in den nächsten Haushalt einzustellen.

Klimaschutzbündnis?

SVO macht in „gut Wetter“

Der Energieversorger Stromversorgung Osthannover (SVO) macht jetzt in Klimaschutz. Nach den im Juli öffentlich gemachten Planungen soll in den Kreisen des Vertriebsgebietes, also Uelzen und Celle, jeweils eine „Klimaschutzgesellschaft“ in Form einer gemeinnützigen Gesellschaft entstehen. Die Kommunen sollen 75 Prozent des Stammkapitals, die SVO Energie 25 Prozent halten. 90 Prozent der Fondsmittel trägt die SVO Energie, den Rest von 10 Prozent zahlen die Kommunen ein. Die vordergründige Idee ist: Die CO₂-Emissionen, insbesondere auch in kommunalen Liegenschaften durch effiziente Energiemaßnahmen zu senken. Hierfür will die SVO bereits für 2009 500.000 Euro zur Verfügung stellen.

Als erste Landkreisgemeinden haben Hermannsburg und Unterlüß den Beitritt beschlossen. Die beigetretenen Kommunen könnten dann Projekte mit einem Euro pro Einwohner und Leitungsnetz gefördert bekommen. Wo die SVO wie in Unterlüß das Konzessionsrecht für das Gas- und Stromnetz hat, könnte die Gemeinde mit ihren 4200 Einwohnern sich auf eine Projektförderung bis zu 8400 Euro bewerben, wobei die Fördersumme maximal 90 Prozent des Gesamtbetrages beträgt.

Die SVO verkauft die Gründung der Klimaschutzgesellschaften als „*Fortführung unserer bisherigen Unternehmenspolitik für eine nachhaltige und umweltschonende Energie- und Wasserversorgung in der Region*“.

Die Fraktion der Bündnisgrünen im Kreistag hatte im Juni zwar noch beantragt, dass der Landkreis dem Klimaschutzbündnis beitreten solle - dann aber wohl bemerkt, wohin der Hase läuft. Denn Mitte Juli war in der CZ zu lesen, dass das Projekt bei ihnen auf „Bedenken“ stößt. Die Fraktionsvorsitzende Annegret Pfützner mutmaßte, dass angesichts der 2011 von etlichen Gemeinden neu abzuschließenden Konzessionsverträgen mit einem Energieversorger, die SVO dieses Angebot als „Lockmittel“ einsetze, um eine bessere Verhandlungsposition zu haben.

43 % Erneuerbare

Der Celler Landrat wusste im Juli auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke/BSG nicht zu antworten, wie groß denn aktuell in seinem Beritt der Anteil ins Netz eingespeister regenerativer Energie ist. Aber dem Landkreis gehören ja auch nur 18,8 % der Aktien der SVO. Die nun wiederum teilte für ihr gesamtes Versorgungsgebiet – also auch den LK Uelzen - gegenüber der CZ mit: „Betrug die Summe der regenerativen Energie 2004 noch 95,9 Millionen Kilowattstunden, so steigerte sich der Anteil in den vergangenen vier Jahren auf 388,7 Millionen Kilowattstunden. Bei einem Stromverbrauch

in der Region von 904,8 Millionen Kilowattstunden insgesamt ist dies ein Anteil von 43 Prozent.“ Verantwortlich dafür ist ein enormer Anstieg bei den Anlagen: Seit 2004 (351 Anlagen) hat sich die Zahl bis heute mehr als verdoppelt auf 939. Den größten Zuwachs gab es bei Photovoltaikanlagen von 2004 (293 Anlagen) auf 824 Anlagen im Jahr 2008. Die Zahl der Deponie- und Biomasse-Anlagen ist von 22 auf 77 gestiegen, wobei – unterm Strich - über die Hälfte der regenerativen Energie, die im LK Celle ins Netz eingespeist wird, aus Biogasanlagen kommt. So war es am 3. März 2008 für die SVO erstmals nicht erforderlich, Strom von außerhalb hinzuzukaufen. (CZ, 10.07.2009)

Ein bisschen schummelt die SVO bei ihren Zahlen schon, denn sie rechnet den in Block-Heizkraftwerken (BHKW) erzeugten Strom den „regenerativen Energien“ zu. Das ist zumindest statistisch sehr unsauber, aber ökologisch selbstverständlich allemal sinnvoll.

Bei einer Differenzierung zeigen sich – gestützt auf den Nachhaltigkeitsbericht für 2008 – folgende Zahlen: Anteil der Regenerativen insgesamt 31,4 %; der Anteil von Deponie- und Biomasse ist 19,4 %, der von Windenergie 11,1 %, der von Wasserkraft 0,6 % und der von Photovoltaik bei 0,4 %. Die Einspeisung aus BHKW ist dann zusätzlich mit 10,7 % dabei. – Dass die SVO sich einen grünen Anstrich gibt, dürfte auch damit zusammenhängen, dass sie nicht die einzige Bewerberin bei der Neuvergabe der Konzessionsverträge im Jahr 2011 ist.

Neuer Konzessionsvertrag

Es hat fast den Anschein, als ob die Ratsfraktion DIE LINKE/BSG offene Türen einrennt, denn: Die Verwaltungsspitze gibt sich überraschenderweise nicht gänzlich zugeköpft gegenüber der Idee, die Stadtwerke zu rekommunalisieren. Bekanntlich läuft der Konzessionsvertrag mit der SVO über Gas und Strom im April 2011 aus. Auf die Bekanntmachung des Ablaufs im Bundesanzeiger sind „Interessensbekundungen mehrerer Energieversorger mit unterschiedlicher Zielrichtung“ eingegangen. Die Verwaltung hat, so ist von Wolf Wallat, dem Fraktionsvorsitzenden von Die Linke/BSG zu hören, eingeräumt, dass - basierend auf dem Wunsch nach größeren Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Daseinsvorsorge im Energiebereich - ein starker Trend in Richtung Rekommunalisierung erkennbar sei. Verwaltungsseitig ist deshalb vorgesehen, unter Hinzuziehung eines unabhängigen Beraters zu prüfen, welche der Alternativen für die Stadt Celle die bestmöglichen Chancen bietet.

Am 24. September hat die Verwaltung im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss einen Workshop angesetzt; Thema: „*Re-Kommunalisierung der Strom- und Gasversorgung als strategische Option*“; Beginn ist um 10 Uhr im Neuen Rathaus.

Bruchlandung mit Mietwertgutachten

Eine derbe Schlappe hat der Landkreis Celle im Sommer vor dem Sozialgericht Lüneburg hinnehmen müssen. Mit einem Mietwertgutachten wollte er die Angemessenheitsobergrenze für Hartz-IV-Leistungsbe-rechtigte nach unten drücken. Doch die Ausarbeitung der Hamburger Firma Analyse & Konzepte war ihre 30.000 Euro nicht wert. Die Lüneburger Richter lehnten die dort ermittelten Werte ab.

Das Urteil über das Gutachten ist vernichtend: Die Richter sprechen von „Wertungswidersprüchen, die sich durch das gesamte Gutachten ziehen“ mit der Folge: Die „Schlüssigkeit des Gesamtkonzepts des Gutachtens ist dadurch tiefgreifend gestört.“ Aufgrund dieser „Unzulänglichkeiten“ sei wie vordem auf die Beträge der Wohn-geldtabelle zurückzugreifen. Da die dort vorgenommene Pauschalierung mit gewissen Unbilligkeiten verbunden sei, sprachen sie sich für einen Zuschlag von 10 % zu den Tabellenwerten aus. (SG Lüneburg vom 05.08.2009 –S 79 AS 779/09 ER; siehe auch 07.07.2009 –S 73 AS 927/09 ER)

Eine monatliche Ersparnis von rund 80.000 Euro hatte sich die Verwaltung durch das Gutachten erhofft. Im März war im Sozialausschuss bekanntgegeben worden, dass „von 7.366 ausgewerteten Zahlfällen künftig 1.952 Fälle einen geringeren Anspruch“ hätten, also 26,5 Prozent. Seit März wurden daraufhin allen Neuan-tragsteller_innen nur noch die sich aus dem Gutachten ergebenden Miethöchstbeträge gewährt. Und es wurden „Kostensenkungsaufforderungen“ in allen Fällen ausgesprochen, „die um den Betrag von mind. 80 € von dem jeweils ermittelten Miethöchstbetrag nach oben abweichen.“ In weiteren Schritten sollten bei all jenen gekürzt werden, die 40 Euro bzw. 20,01 Euro darüber lagen. Das fand man verwaltungsseitig „sozialverträglich“.

Kostensenkungsaufforderung? Wie senkt man die Miete und die kalten Nebenkosten? Ein freundlicher Brief an den Vermieter, künftig nur noch das zu zahlen, was der Landkreis bewilligt, wird zu Mietrückständen und Kündigung führen. Die Konsequenz heißt also: Den Teil, den der Landkreis nicht erstattet, vom Regelsatz absparen – oder umziehen. Weg aus der Wohnung und dem Wohnumfeld – egal, ob man da ein Jahr, zwei oder zwanzig wohnt.

Der Streit mit dem Landkreis Celle ist nicht neu. Seit er durch Hartz-IV im Jahr 2005 zum Leistungsträger für die Erstattung der Wohnkosten wurde, wird an der Kostenschraube gedreht. Und da es keine eindeutige Regelung dazu gibt, was „angemessen“ ist, liegt die Entscheidung bisher letztlich immer bei den Sozialgerichten.

Zu Beginn setzte der Landkreis vergleichsweise willkürlich „angemessene“ Beträge fest. (Beratungsstellen

sprachen von der „Würfelmethode“.) Vom Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (15.12.2005 L 8 AS 427/05 ER) wurde diese Verfahrensweise früh als rechtswidrig angesehen. Doch der Landkreis ignorierte dies und ging den langen Weg durch die Instanzen - bis er vom Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen am 11.03.2008 (L 7 AS 332/07) dazu verurteilt wurde, als angemessene Kosten der Unterkunft einen Betrag entsprechend der rechten Spalte der Wohngeldtabelle zuzüglich 10 % zu gewähren.

Man hätte seinerzeit denken können, mit diesem Urteil sei für alle Beteiligten Rechtssicherheit gegeben und der Landkreis Celle würde nun allen Betroffenen die berechtigten Ansprüche gewähren. Statt dessen wurde in einem weiteren Blindflug das erwähnte Mietwertgutachten in Auftrag gegeben und zum Maßstab gemacht.

Auch das ist jetzt vom Tisch – doch was folgt? Nach dem vernichtenden Spruch des Sozialgerichts müsste der Landkreis sofort und konsequent seine Praxis ändern.

Doch in der Beratungsarbeit kennt man ihn anders: Von 2005 bis 2008 bewertete er jeden gegen seinen Praxis gerichteten Beschluss als Einzelfallentscheidung. Und er hielt mutwillig und systematisch eine rechtswidrige Praxis aufrecht – mit für ihn unter dem Strich kostensparender Wirkung, da sich ja nicht alle Betroffenen wehren. Von der Grundprämisse einer Verwaltung, nämlich den Bürger_innen zu dienen und nicht sie zu schädigen, bleibt bei diesem Verhalten wenig übrig.

Dazu kommt: In all den Jahren seit Einführung von Hartz IV hat die politische Kontrolle weitgehend versagt. Die Kritik von DIE LINKE/BSG wurde abgewiesen, die anderen Fraktionen ließen sich von der Verwaltung blenden. Jetzt wird es Zeit, aus der skandalösen Situation die Konsequenzen zu ziehen und die Verwaltung zu verpflichten, alle fehlerhaften Leistungsbescheide bedingungslos und unverzüglich auch für die Vergangenheit von Amts wegen richtig zu stellen und endlich als maßgebliche Berechnung die aktuelle Wohngeldtabelle zuzüglich 10 % anzuwenden.

Für die Betroffenen hat die Entscheidung des SG (so sie denn umgesetzt wird!) erhebliche Folgen. Die Angemessenheitsobergrenze nähert sich damit nämlich wieder realistischen Werten. So sind es auf Basis des SG-Urteils z.B. für Ein-Personenhaushalte in Celle 363 statt 335 Euro (Bruttokaltmiete) und in Eschede 321 statt 262 Euro. Insbesondere bei Mehrpersonenhaushalten aber gibt es spürbare Anhebungen. Bei einem Vier-Personen-Haushalt in Celle etwa liegt die Angemessenheitsobergrenze so bei 611,60 statt 530 Euro und in Eschede bei 539 statt 437 Euro. Zwangsumzüge dürften auf dieser Grundlage eher selten sein.



Vom Wahlfang und anderen Fischzügen

Eine menschenleere Celler Innenstadt bei Nacht. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch (singt): „*Alt wie ein Baum, möchte ich werden ...*“

Oma Lilo: Ohh jaaa – die Puhdys. Das war eine DDR-selige Stimmung beim Altstadtfest. Wahnsinn, Wahnsinn.

Die Dicke: Das deutsche Mezzogiorno, nur mit erwerbslosen Facharbeitern statt armem Landvolk. Da hatte der Lafo ja Recht 1990, als er vorhergesagt hat, dass die schnelle Einführung der D-Mark zum Kurs von eins zu eins eine gewaltige Zerstörung im Osten bedeutet.

Der lange Lulatsch: Weshalb sie ihn damals nicht gewählt haben, aber mit seiner neuen Partei wird er jetzt wohl auf Platz 2 landen in den Beitrittsgebieten. Und auf dem Kanzlersessel bleibt eh die Ostdeutsche.

Klein Jonas: Und warum dann der ganze Aufwand, mit den Wahlen und so. Wenn man sowieso schon weiß, wie es ausgeht.

Der Besserwisser: Gute Frage.

Oma Lilo: Ich würde ja wählen gehen, wäre ich hier nicht festbetoniert.

Klein Jonas: Und was?

Oma Lilo: Na ratet mal. Zumindest beim Thema Krieg scheinen sie ja nicht zu wackeln. „Raus aus Afghanistan!“ – dafür kann man doch mal ein Kreuz machen.

Die Dicke: Wichtig wäre, schwarz-gelb zu verhindern. Laufzeitverlängerung bei Atomkraftwerken, Umverteilung von unten nach oben.

Der lange Lulatsch: Ich erinnere mal daran, dass die Planungen für alle derzeit laufenden AKW – oder ja auch häufig nicht laufenden (*grinsend*) - in die Regierungszeit von Sozialdemokraten fielen. Und zu einem tauglichen Ausstiegsgesetz war rot-grün bekanntlich nicht in der Lage, sonst müssten wir uns jetzt keinen Kopf machen. Und Umverteilung? – Dass ich nicht lache, da dürfte die Schröder/Fischer-Regierung so schnell nicht zu übertreffen sein. Worin also soll die Alternative bestehen?

Der Besserwisser: Da zitiere ich mal Adorno: „*Frei wäre erst, wer keinen Alternativen sich beugen müsste, und im Bestehenden ist es eine Spur von Freiheit, ihnen sich zu verweigern.*“

Klein Jonas: Nicht wählen?

Der Besserwisser: Ist das nicht auch eine Alternative? Ich weiß, ich wiederhole mich: Eine Gegnerschaft müsste grundlegend sich auf die eigenen Interessen besinnen und feststellen, dass diese im Rahmen des Bestehenden nicht vorkommen. Antagonismus statt Alternative.

Die Dicke: Aber sprach nicht selbst dein Engels der Benutzung des Stimmrechts nicht eine Wirksamkeit zu?

Der Besserwisser: Was Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD hinreichend kritisiert hat. Am Beispiel einer SPD, die mit Einführung des allgemeinen Stimmrechts von Wahlerfolg zu Wahlerfolg schritt, um am 4. August 1914 zur Kriegspartei zu werden.

Der lange Lulatsch: Aber Wahlkämpfe kann eine Partei doch nutzen, um ihre Positionen deutlich zu machen. Kritik zu üben. Um mit Holger Burner zu rappen: „*Wir machen keine Promo, wir machen Propaganda!*“

Oma Lilo: Holger Börner?

Der lange Lulatsch: Nicht der Hessische Lama-Freund – ich meine den Hamburger Hip-Hopper.

Der Besserwisser: Okay – keine Promotion, keine Vermarktung von irgendeinem Label zum Behufe der Vermehrung von Kreuzen, sondern Propaganda für die eine oder andere Sache. Aber die Arena besteht halt nicht aus einer Gemüsebox an Speaker's Corner, sondern nennt sich Wahl und das Spektakel Wahlkampf. Das ist bei allem Geschrei eine Konsensmaschine. Wer steht auf Agnoli – du oder ich?

Jonas: Angelina Jolie – steh' ich auch drauf.

Der lange Lulatsch (*gequältes Gesicht*): Johannes Agnoli. Das ist doch über 30 Jahre her. - - - Wahlkampf als Fiktion von Beteiligung; im Wahlakt vollzieht sich die Zustimmung zum bürgerlichen Staat. Und das eben auch dann, wenn man immer gegen die Regierungsparteien stimmen würde – er nannte das, wenn ich mich recht erinnere, „*Mit-täterschaft im totalen System*“. Politische Wahlen wären das wirksamste Mittel, die Massen von der Politik als Praxis fernzuhalten.

Die Dicke: Da seid ihr ja wunderbar wieder bei euren Massen angekommen. Die reden sich gerade die Krise schön und wollen von einem Adligen mit zehn Vornamen an die Hand genommen werden.

Oma Lilo: Der kommt bestimmt bald nach Celle; Angelo Kelly ist doch auch so gern hier.

Der lange Lulatsch (genervt): Angelo?

Oma Lilo: Naja, sehen sich doch irgendwie ähnlich – und im Schloss hat Angelo auch gewohnt.

Die Dicke: ?? - Egal. Wir sind ja sowieso objektiv dran gehindert, unsere Stimme abzugeben – wir können sie höchstens erheben.

Der lange Lulatsch (grübelnd): Genau, da war noch was Agnoli ...

Der Besserwisser (*hat zwischenzeitlich das Buch herausgekrant*): ... ja hier in „Wahlkampf und sozialer Konflikt“ – mal was für Gemeinschaftskundelehrer: „*Der >Stimmbürger< soll tunlichst sich nicht aktiv in das subtile Machtspiel der Parteien einschalten und keine Initiative ergreifen. So betrachtet wird die Passivität durch den aktiven Gebrauch des eigenen Wahlrechts erhärtet – die ironische Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft, die Aktivität und Passivität grammatikalisch und nicht politisch verteilt. Die passive Mobilisierung der Wählerschaft nennt sich aktives Wahlrecht, während die gewählten Repräsentanten zwar Politik aktiv praktizieren, grammatikalisch aber nur das passive Wahlrecht genießen.*“

Klein Jonas: Aber tippen tun wir doch, oder?

Der lange Lulatsch: Na gut – Bayern München.

Die Dicke: Wolfsburg macht's noch einmal.

Oma Lilo (*kopfschüttelnd*): Ihr mit eurem Fußball immer...



Tänzer und WK II

Der Leitartikler des Celler Kurier, Klaus Tänzer, hat's herausgefunden: Die deutsche Sektsteuer ist mit Schuld am Zweiten Weltkrieg. Das sollte zwar nur lustig sein in einem Artikel, der vordergründig die Abschaffung der Sektsteuer einfordert. Weit brisanter dürfte sein, dass der rechtspopulistische Schreiber in diesem Gewande die jüngste Titelseite des SPIEGEL aufwärmt: „Der [...] Versailler Vertrag führte zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs.“ (Kurier, 19.07.) Als Zeuge bemüht wird Henry Kissinger, wobei Tänzer sich einmal mehr um die Quelle drückt. Kissingers Gedanken seien in der „Weltpresse“ nachzulesen gewesen – es war ein SPIEGEL-Interview. Was von der SPIEGEL-Story zu halten ist, kommentierte Arno Widmann in der Frankfurter Rundschau vom 05.07.: „Nach Versailles musste es Krieg geben. [...] Der Spiegel versucht eine Umschreibung der europäischen Geschichte. Man könnte sagen: Schuld am Zweiten haben die Alliierten des Ersten Weltkriegs. Es war nicht Hitlers Wille diesen Krieg anzuzetteln, sondern sein Wille und der Erfolg dieses Willens waren das Resultat einer von den Alliierten geschaffenen Konstellation.“ Dagegen setzt Widmann, was weitestgehend Konsens der Geschichtswissenschaften ist: „Der Zweite Weltkrieg war keine zwangsläufige Folge des Versailler Vertrags 1919. Er war auch keine unumgängliche Konsequenz der Weltwirtschaftskrise 1929, ja er >musste< nicht einmal sein, weil die Nazis seit 1933 an der Macht waren. Der Zweite Weltkrieg war nicht blindes Resultat einander widersprechender Kräfte, sondern die freie Tat Adolf Hitlers, der gute Chancen sah, alte Pläne in die Tat umzusetzen.“ Die alten Pläne sind jene der imperialistischen Strategie des deutschen Kapitals. Dass sich Tänzer auf die Seite der Kriegsschuldleugner stellt, kann nicht wundern – dass ein Anzeigenblatt wie der Kurier damit nicht seine Kunden vergrault, gruselt uns schon.

Nazi-Schmierereien

Die Region um Hermannsburg entwickelt sich seit einiger Zeit wieder zu einer Neonazi-Hochburg. Im Juli sorgte eine nächtliche Sprühaktion mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Nazi-

Sprüchen in Hermannsburg für öffentliche Aufregung. - Die Landkreis SPD will im Bundestagswahlkampf auf das Thema „Neofaschismus“ eingehen. „Szene putzen gegen Rechts – wenn man nicht's tut – wird's braun“ heißt die Kampagne, bei der man an Infoständen Zahnbürsten verteilen will. Nuja.



Pfefferspray

In einer Pressemitteilung teilte die Celler Polizei mit: „Am Sonnabend, dem 25.07.2009, wurde gegen 19.00 Uhr nahe dem >Landhotel Gerhus< ein Fahrzeug aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. festgestellt. Die Überprüfung der 17, 18 und 19 Jahre alten Männer ergab, dass die beiden Erwachsenen jeweils ein Pfefferspray mit sich führten. Es wurden zwei Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeleitet.“ Die Polizei habe, heißt es in der Überschrift, linken Gegnern „verbotene Gegenstände“ abgenommen. – Kurios: Überall im Internet ist zu lesen, dass Pfeffersprays in Deutschland nicht dem Waffengesetz unterworfen sind; einzig, wenn sie bei Versammlungen mitgeführt werden, die unter das Versammlungsgesetz fallen sowie auf dem Weg dorthin oder zurück, kann dies als Verstoß gegen § 2 Abs. 3 VersammlG (Waffenverbot) als Vergehen geahndet werden. Also nix mit Waffengesetz, wie es dann auch in der CZ zu lesen war – und gegen 19 Uhr gab's in Gerdehaus auch nichts, was unter das Versammlungsgesetz hätte fallen können. – Aber immerhin hatte die Polizeipressestelle wieder Material für ihr beliebtes Stereotyp, wonach alle Gefahr eigentlich von einer rechts-links-Konfrontation ausgeht. Denn eins muss man der Celler Polizei lassen: Ihre Methode, mit einer Fahrzeug- und Personenkontrolle gleich die Gesinnung der Insassen festzustellen, sollte sie sich patentieren lassen.

- 52 bei Schallschluck

Nachdem im Juni der europaweit tätige Automobilzulieferer IAC Group mit Sitz in Krefeld die Vermögenswerte des insolventen Automobilzulieferers Stanekiewicz übernommen hat, stand bald auch fest, in welcher Dimension Adelheidsdorf von weiteren Entlassungen betroffen sein wird: Nachdem bereits im März 133 Beschäftigten gekündigt worden war, wurden mit dem neuen Besitzer noch einmal 52 zu Ex-Mitarbeitern. - Die International Automotive Components Group (IAC) ist – laut Pressemitteilung – „ein globaler Automobilzulieferer mit einem weltweiten Umsatz in 2008 von 4,5 Milliarden US-Dollar, 75 Produktionsstandorten in 18 Ländern und über 23.000 Mitarbeitern. Die Gruppe gehört zum Beteiligungskreis des US-amerikanischen Investors W.L. Ross. IAC ist ein globales Unternehmen mit regionalem Fokus. In Europa ist IAC mit 21 Produktions- und Montagewerken sowie 1 Sequenzierstandort in 8 europäischen Ländern vertreten und generierte mit etwa 5.000 Beschäftigten einen Umsatz in 2008 von zirka 1 Milliarde Euro.“

CDU kommunistisch?

Anfang Juli beantragte die CDU-Fraktion im Stadtrat „einen Fond einzurichten, aus dem Kindern aus einkommensschwachen Familien, die eine Kindertagesstätte besuchen, das tägliche Mittagessen zum ermäßigten Preis von 1,00 € finanziert wird“. Und auch die Begründung hört sich vernünftig an: „Es kommt immer wieder vor, dass Eltern, die aufgrund ihrer finanziellen Situation von den Kitagebühren befreit sind, das Essensgeld von 3,00 € nicht zahlen oder wegen dieser Kosten ihre Kinder nicht zum Kindergarten schicken. Für die Einrichtungen ist dies eine untragbare Situation. Kinder vom gemeinsamen Essen auszuschließen, ist aus pädagogischen und sozialen Gesichtspunkten nicht zu vertreten.“ Tut sich nur ein Problem auf: Die CDU muss damit praktisch für den Antrag der SED/PDS/Linke-„Kommunisten“ stimmen. Denn: Bereits im März hatte die Fraktion Die Linke/ BSG einen Antrag gestellt, der zwar noch nicht in einem Ausschuss behandelt, aber doch al-

len Ratsmitgliedern zugegangen ist. Dort fordert die Fraktion, durch eine Änderung der Entgeltordnung für Kitas den Eigenanteil zum Mittagessen auf 1,00 Euro pro Mahlzeit zu begrenzen. – irgendwie nähern wir uns mit kleinen Schritten scheinbar wieder der DDR; und das soll jetzt die Erneuerung der Celler CDU sein? Wir staunen.

Neuer DGB-Kreisvorstand

Turnusgemäß hat der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Region Nord-Ost-Niedersachsen seine Kreisvorstände neu gewählt. Erstmals seit längerem konstituierte sich dabei auch ein Kreisvorstand in Celle. Zur ersten Vorsitzenden wurde Sabine Saur (ver.di) gewählt, ihre Stellvertreterin ist Rita Seilent (IG BCE). Auf der Delegiertenversammlung hat der DGB Regionsvorsitzende Hartwig Erb in seinem Referat die aktuelle Krise zum Anlass genommen, ein Umsteuern in der Politik zu fordern: "Es steht daher zu befürchten, dass die Verlierer der Krise wiederum die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die schon Arbeitslosen und Rentner sein werden."

„Giftmüll“-Stopp

Im April hatte das Landgericht Lüneburg im Wege einer einstweiligen Verfügung die Einbringung von Laugen aus der Rauchgaswäsche von Müllverbrennungsanlagen in den Schacht Mariagluck gestoppt. Im Zusammenhang mit dem Skandal um die Verbringung von Laugen aus dem Atomüllendlager Asse II nach Höfer war herausgekommen, dass der bei Messungen festgestellte brisante Cocktail aus radioaktiven Nukliden, aber auch Arsen und Quecksilber, vor allem von den Rauchgaslaugen her stammt. Bevor es Anfang August zu einer Überprüfung des Stopps durch das OLG Celle kommen konnte, gab der Betreiberkonzern Kali + Salz bekannt, auf die Einleitung dieser Laugen in Zukunft zu verzichten.

„Botschafts“-Wirt im Knast

Der ehemalige Wirt der "Bayerischen Botschaft" (Bergstraße) ist im Juli in Braunschweig verhaftet worden. Die Kneipe war ein Treffpunkt der neofaschistischen Kameradschaftsszene. Im November 2006 hatte von der Kneipe aus eine Gruppe Neonazis Kurden aus der gegenüberliegenden „Sportsbar“ bedroht; vier Neonazis waren deshalb zu Geld- oder Bewährungsstrafen verurteilt worden. Der Wirt, so hieß es jetzt in der Pressemitteilung der Polizei, sei „seit Jahrzehnten eine kriminelle Größe im Raum Braunschweig/Gifhorn“. Im Februar hätte er eine zweijährige Haftstrafe wegen vielfachen Betruges antreten sollen, hatte sich aber abgesetzt.

Altstadtfest(ung)

Das Altstadtfest wird zunehmend zur Festung. Nicht allein, dass an vielen Eingängen Besucher_innen, die den freiwilligen Eintritt nicht zahlen wollen, Moralpredigten gehalten werden – auch die Taschenkontrollen nehmen nach Einschätzung vieler Besucher_innen zu: Vielleicht ist ja noch verständlich – wenn auch rechtlich unhaltbar, dass keine Glasflaschen mitgenommen werden sollen; für das Verbot von Plastikfalschen gibt es nun wirklich keinen Grund. Dass die ganze Altstadt mit Sperrgittern zu einer Festung aufgerüstet wird, verstärkt den Eindruck: Wer nicht zahlt, soll sich als „Schmarotzer“ fühlen. Eins wundert dann aber: Obwohl wieder nur etwa zehn Prozent der Besucher_innen „freiwillig“ gezahlt haben sollen, hofft die veranstaltende Tourismusregion Celle auf eine „schwarze Null“. Das heißt im Umkehrschluss: Hätten alle gezahlt, wäre ein Überschuss von über 200.000 Euro herausgesprungen. Und eine weitere Anmerkung scheint nötig: Warum eigentlich sollen die Besucher_innen die ausschließlich dem Tourismus dienende (und – nebenbei – sexistische) Kür der Miss Barock bezahlen? Die Gesamtkosten des Altstadtfestes werden mit rund

160000 Euro angegeben; das sind im Schnitt für jede Bühne rund 30.000 Euro. Wie diese Kosten bei dem Programm entstehen, sollten die Veranstalter auch erst einmal transparent machen, bevor sie weiter auf ihrer Zwangseintritts-Nummer herumreiten. – Im nächsten Jahr soll das Altstadtfest in den „Tag der Niedersachsen“ eingebettet werden. Den auswärtigen Gästen wird man wahrscheinlich weder eine Festung präsentieren, noch eine Buttonpflicht aufnötigen.



8 : 6 unentschieden ...

... für das Schlosstheater. 6540,- € konnten in diesem Jahr bei Hamlett vs. Kotelett erspielt werden. Gependet wurde der Betrag an Jugendprojekte von: Tierheim Celle, Schlosstheater Celle, TUS Celle FC, Schüler helfen Schülern - und an das Norddeutsche Knochenmark und Stammzellenregister. – Viele schöne Fotos auf: www.hamlet-kotelett.de

KURSBAROMETER

Bekanntlich verfügt die Stadt Celle durch den Verkauf der Stadtwerke über ein nicht unbeachtliches Aktienvermögen, das u.a. die an der Börse gehandelte e.on-Aktie enthält – und zwar 2.792.697 Stück. Mit unten stehendem Kursbarometer werden wir in jeder der kommenden Ausgabe aufs Neue zeigen, wie viel Kohle die Stadt auf der hohen Kante hat – und was deshalb ihre Knauserigkeit an der einen oder anderen Stelle bedeutet. Und wir zeigen damit, wie viel Geld Verwaltung und Rat seit dem 10.1.2008 (dem Allzeithoch der Aktie) verzockt haben.

Die e.on-Aktien der Stadt Celle – das „revista“-Kursbarometer am 20.08.2009:

Allzeithoch:	51,34 EUR (10.01.2008)	Höchstwert:	143.377.063,98 EUR
Tageshoch:	28,48 EUR (20.08.2009)	Aktueller Wert:	79.536.010,56 EUR
Verlust:	23,86 EUR	Verlust:	63.841.053,42 EUR

Angst unter Kurden und Yeziden

Im Juni versuchte die ZEIT sich die Frage zu beantworten: „Was sucht Innenminister Wolfgang Schäuble in Syrien?“ und lobte ihn für seine Gespräche mit Großmuftis als „Integrationsminister“. Entgangen war dem Blatt, dass Schäuble sich auch mit Innenminister Samur traf. Das Thema dort: die Aktivierung des memorandum of understanding auf dem Gebiet der Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Nach der syrischen Presse legte Samur Wert darauf, in die künftige Zusammenarbeit auch die Ausrüstung mit deutscher Technik für die syrische Polizei einfließen zu lassen. Es hat eben seinen Preis, was in Deutschland lebende Flüchtlinge seit Monaten in Angst und Schrecken versetzt:

Syrien und Deutschland hatten im Juli letzten Jahres ein „Rücknahmeabkommen“ unterzeichnet, das die Abschiebung von Syrern ermöglicht, die sich nach den Buchstaben des Ausländergesetzes „illegal“ in Deutschland aufhalten. Seit Anfang Januar ist dieses Abschiebeabkommen in Kraft; rund 7.000 Personen sollen auf dieser Grundlage ausgewiesen werden.



Hungerstreikaktion von Kurden im Februar 2009 vor dem Innenministerium in Berlin; Foto: Umbruch Bildarchiv – von Hoff.

Bisher konnten syrische Flüchtlinge sich in Deutschland relativ sicher fühlen. Was nicht am deutschen Staat lag, sondern daran, dass der syrische keinerlei Interesse an ihrer Rückkehr hatte. Voraussetzung für eine Abschiebung sind Passpapiere des Herkunftslandes – ohne diese darf in Deutschland nicht abgeschoben werden. Und da Syrien eine strikte Arabisierungspolitik verfolgt, war dem Staat so wenig an der Rückkehr von Kurden und Staatenlosen gelegen, dass er keine Ersatzpapiere ausstellte. Genau das sollte sich mit dem Abkommen ändern. Und nach Schäubles Besuch in Damaskus hat es sich scheinbar geändert.

Am 6. August wurde die 25-jährige Kurdin Abta Houran aus dem niedersächsischen Landkreis Ammerland nach Syrien abgeschoben. Die im vierten Monat

schwängere Frau ist bislang nur religiös verheiratet - eine standesamtliche Heirat scheiterte bislang an den erforderlichen Papieren. Ein rechtmäßiger Aufenthalt wäre jedoch spätestens mit der Geburt des Kindes im nächsten Jahr möglich. Ihr Mann arbeitet und ist im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis. Doch das niedersächsische Innenministerium erklärte bei einer Vorsprache von Unterstützer_innen, das alles spiele keine Rolle.

Abta Houran ist Yezidin. Wie die meisten der im Landkreis Celle lebenden Kurd_innen. Und auch von denen kommt ein kleinerer Teil nicht aus den kurdischen Gebieten in der Türkei, sondern aus Syrien. Laut Auskunft des Pressesprechers der Stadt, Wolfgang Fischer, sind in der Stadt 26 Personen „möglicherweise von dem Rückführungsabkommen betroffen“. Dabei handele es sich um rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber und ihre Familien. Halil Savucu, Vorsitzender der Plattform Ezidischer Celler (PEC), schätzte die Zahl der Betroffenen in Stadt und Kreis Celle gegenüber der CZ erheblich höher: „auf bis zu 500“. Insgesamt leben laut Auskunft des Innenministeriums 1.614 Menschen mit Duldung in Niedersachsen, die „von dem deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommen betroffen sein könnten“.

Der Zentralrat der Eziden in Deutschland forderte in einem offenem Brief an Innenminister Schäuble einen Stopp der Abschiebungen und begründete dies auch mit der Situation in Syrien:

„20 Prozent der yezidischen Familien waren in den Jahren 2000 bis 2008 von Verfolgung betroffen. Das bedeutet: Vertreibung aus den Dörfern, auch durch die Behörden, Niederbrennen der Häuser, Abriegeln der Wasserzufuhr, Körperverletzung und Mord.“

In der Tat berichten Menschenrechtsorganisationen von Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen seitens der Polizei und der Geheimdienste in Syrien. Den Angehörigen der kurdischsprachigen Minderheit des Landes werden Bürgerrechte vorenthalten. Angesichts dessen werfen die syrischen Flüchtlinge der Bundesregierung vor, mit ihren Plänen zur Abschiebung in Misshandlung und Rechtlosigkeit grundlegende internationale Normen zu missachten.

Bereits im Januar hatte die damalige Europaabgeordnete Felekna Uca von der Bundesregierung die sofortige Aussetzung des Abkommens gefordert. Dies verlangen inzwischen auch PRO ASYL und viele Flüchtlingsorganisationen. Um die Chancen aber steht es schlecht. Denn das deutsch-syrische Abschiebeabkommen gilt als Modell für weitere Abschiebeverträge und entspricht laut Innenminister Schäuble „den modernen europäischen Standards“.

Gesellschaft durfte draußen bleiben

Eins war erstaunlich: Trotz „hochkarätige[r] Besetzung der Rednerliste“ (OB Mende) beim dritten *Celler Trialog* fand das „nationale Pendant“ zur Münchener Sicherheitskonferenz kaum einen Niederschlag im bundesdeutschen Blätterwald. Außer der Celleschen Zeitung fand eine Berichterstattung nur in einigen Regionalzeitungen statt, und dies durch einen in Celle lebenden freien Journalisten. Auf den zweiten Blick aber offenbart dies den eigentlichen Charakter: Es geht gar nicht um „Öffentlichkeit“, sondern vielmehr um ein sehr exklusives Treffen. Die Trialog-Teilnehmer wollten nicht gestört werden bei ihrem „Gedankenaustausch“ und „offenen Dialog über die außen- und sicherheitspolitische Lage unseres Landes“. Nicht von Protestierenden, aber scheinbar auch nicht von Medien – denn bis auf eine handvoll ausgewählter Journalisten waren die Medien auf einen gut zweistündigen Presseblock verwiesen. Und bis auf oberflächliche Pressemitteilungen der veranstaltenden Commerzbank und des Verteidigungsministeriums wurden im Unterschied zum Vorjahr auch die Reden nicht veröffentlicht, und auf einen „*Celler Appell*“, wie man die gemeinsame Abschlusserklärung 2008 nannte, wurde dies Mal verzichtet. Der deutlichste Hinweis darauf, dass es sich um ein geheimbündlerisches Treffen handelt, ist: eine Teilnehmerliste ist nicht zugänglich. Sie würde am ehesten enthüllen, worum es sich beim *Celler Trialog* handelt: um einen alljährlichen Gipfel des militärisch-industriellen Komplexes.

Die Bedeutung scheint zu wachsen. Waren 2007 rund 80 Teilnehmer geladen, waren es beim zweiten *Trialog* 2008 bereits rund 120 Gäste, die sich in der *Celler Congress Union* versammelten. Vom 8. bis zum 10. Juli 2009 trieben rund 160 Teilnehmende unter dem Motto „Sicherheit für Deutschland - Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“ ihr Ziel eines engeren Schulterschlusses voran. Zu den Rednern gehörten die Bundesminister Jung und Schäuble, so genannte

Impulsvorträge aus Wirtschaft, Militär und Politik kamen vom CDU-Bundestagsabgeordneten Eckhard von Klaeden („*Herausforderungen deutscher Sicherheitspolitik*“), dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Peter Keitel („*Verantwortung der Wirtschaft für deutsche Sicherheitsinteressen*“) und dem stellvertretenden Generalinspekteur der Bundeswehr Johann-Georg Dora („*Die Bundeswehr im Einsatz und in der fortlaufenden Transformation – welche Erwartungen haben die Streitkräfte an Politik und Wirtschaft?*“). Und zu den auf Podien diskutierenden gehörten u.a. der Mitautor des aktuellen NATO-Strategiepapiers General a.D. Klaus Naumann, der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, der deutsche Vertreter im Militärausschuss der NATO und der EU, Jürgen Bornemann sowie der Präsident der Deutschen Industrie- und Handwerkskammer, Hans Heinrich Driftmann.

Nach außen drang wenig. Im Presseblock wagte sich einzig Hans-Peter Keitel aus der Deckung. Er forderte eine Lockerung der Beschränkungen für deutsche Rüstungsexporte: „*Wir wollen keine Lieferungen in Krisengebiete, aber insgesamt müssen deutsche Rüstungsunternehmen mehr Möglichkeiten für internationale Geschäfte haben.*“ Der „Exportweltmeister“ liegt nämlich bei Waffen „nur“ auf Platz 3 hinter den USA und Russland – und man will mehr: laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri haben sich Rüstungsexporte aus Deutschland in den vergangenen fünf Jahren um 70 Prozent gesteigert.

Das erste Mal sah sich der *Celler Trialog* mit organisiertem Protest konfrontiert. Das Bündnis, dem aus Celle neben der Antimilitarismusgruppe Celle u.a. auch der KV Die Linke und attac angehörten, hatte inhaltlich anspruchsvoll vorgearbeitet. Die zum „Event“ herausgegebene Broschüre „Deutschland im Krieg - verschie-



An der Demonstration 4. Juli, dem Samstag vor dem Trialog, nahmen knapp 150 Menschen teil. Am Auftaktort, dem Heeseplatz, bei einer Zwischenkundgebung in den Triftnanlagen und bei der Abschlusskundgebung am Neuen Rathaus wandten sich unterschiedliche Redner_innen in ihren Beiträgen gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und die Formierung eines militärisch-industriellen Komplexes.

dene Aspekte einer zunehmend militarisierten Gesellschaft" liefert eine fundierte Kritik an den Interessen und Entwicklungen, die in der Konferenz vertreten und diskutiert werden. (Sie steht zum download unter http://antimilitarismus.blogspot.de/images/broschrewe_b.pdf; ist aber auch in gedruckter Form noch zu haben.)

In der Mobilisierung stehen die Kritiker_innen aber vor einem ähnlichen Problem wie die Gegner: Zwar lehnen an die 70 % in Meinungsbefragungen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan ab, gleichzeitig aber befragt nach ihrer „generellen Einstellung zur Bundeswehr“, haben genau so viele ein positives Bild. Im Vergleich zu anderen „öffentlichen Einrichtungen“ genießt die Bundeswehr ein hohes Vertrauen. Eine antimilitaristische und anti-kapitalistische Kritik, die Strategien zur Herausbildung und Effektivierung des militärisch-industriellen Komplexes ins Zentrum stellt, stößt deshalb auf Uninformiertheit und ideologische Vorbehalte.

Positiv aber bleibt festzustellen, dass durch die Aktivitäten des Bündnisses der *Celler Trialog* in antimilitaristischen/friedenspolitischen Kreisen ein Begriff geworden ist, auch wenn es im ersten Anlauf nicht gelungen ist, eine überregionale Beteiligung an den Protesten zu erzielen. Und dass die Kampagne vom Landes- und Kreisverband der Partei Die Linke ebenso unterstützt wurde wie von der lokalen und auch überregionalen attac-Gruppen, ist für künftige Bündnisse ein guter Ausgangspunkt.

Skandalös war die Art und Weise wie sich die Stadt Celler in versammlungsrechtlichen Fragen zum Büttel des Trialogs gemacht hat und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit praktisch ad absurdum führte. (siehe hierzu das Interview mit Elke Steven auf den Seiten 16-17) Die gesamte Altstadt, also das Zentrum einer städtischen Öffentlichkeit, wurde faktisch für jede Form des Protests gesperrt. So wurde etwa eine für den Abend der Serenade im Schloss angemeldete Innenstadtkundgebung nicht genehmigt, sondern den Anmeldern als Ausweichort die Trifftanlagen zugewiesen. Und da diese „Genehmigung“ trotz mehrwöchigem Vorlauf erst einen Tag vor der Aktion zugestellt wurde, konnten Rechtsmittel praktisch nicht mehr greifen. Im übrigen sorgten 1200 Sicherheitskräfte, 400 Polizisten und 800 Soldaten, für einen Ausnahmezustand, der einzig dem Zweck diente, den „hochkarätigen“ Besuch vor jeglicher Störung zu bewahren.



In Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung fand am Freitag nach dem Trialog eine Podiumsveranstaltung statt. Auf dem Podium saßen Referent_innen und Aktivist_innen von der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI), von Bundeswehr wegtreten! Köln, die parlamentarische Sprecherin der LINKEN im niedersächsischen Landtag Christa Reichwaldt und ein Vertreter des Bündnisses. Moderiert wurde die Veranstaltung von ver.di-Ortsvorstand Paul Stern.

Es ist bezeichnend, wenn sich der Verteidigungsminister Jung auf der abschließenden Pressekonferenz hinstellt und gegenüber dem Protest behauptet: „Bei denen weise ich auch darauf hin, dass unsere Soldaten auch in Afghanistan sind, dass sie hier demonstrieren können.“ Zeitgleich wird einer Gruppe von nicht einmal zehn Menschen polizeilich verweigert, sich mit zwei Transparenten an den Weg zu stellen, den die Teilnehmer von der Congress-Union zum Festessen im Schloss nehmen würden. Die Anmeldung einer Spontandemonstration wurde verweigert, gegen die damit gescheiterte Person aber wenig später ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Nach Personalienfeststellung wurde allen Teilnehmer_innen bis zum nächsten Tag der Aufenthalt in der so genannten „Sicherheitszone 1“, d.h. der kompletten Altstadt untersagt.

Im nächsten Jahr weicht der *Celler Trialog* nach Kiel aus. Die 1. Panzerdivision Hannover steht als Partnerin zur Ausrichtung nicht zur Verfügung, da sie sich in diesem Zeitraum auf Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan vorbereitet. Die Wahl von Kiel als Tagungsort im Jahr 2010 legt eine Beteiligung des Marinegroßverbands Einsatzflottille 1 nahe. – 2011 ist dann wieder Celler Austragungsort.



„Abschaffung der Bundeswehr! Schwerter zu Pflugscharen!“ wurde bei einer spontanen Aktion am Bomann-Museum auf einem Transparent gefordert; das andere hielt fest: „Soldaten sind Mörder und keine Helden!“ – Mit beidem durften die Herren des Trialogs in keinem Fall belästigt werden; die Polizei löste die kleine Versammlung auf und erteilte Platzverweise. In der Bildmitte: OB Mende im Gespräch mit Protestierenden.. Die Aktion taucht auf in den Regionalberichten von RTL und SAT1 und ist anzuschauen u.a. auf youtube (Suchwort: Celler Trialog)

Oberbürgermeister Mende

„Wir sind für eine Welt ohne Krieg!“

Es gehört sicherlich zum Job eines Oberbürgermeisters, bei Konferenzen wie dem „Celler Dialog“ die Tagungsteilnehmer zu begrüßen. Das machte auch Dirk-Ulrich Mende – und da er mehr zu sagen hatte als „Hallo“, findet sich seine Rede auf der website der Stadt Celle dokumentiert. Es ist der einzige bisher öffentlich gewordene Beitrag von der Konferenz. Dass diese, wie Mende vermutet, „in die Öffentlichkeit hinaus [...] wirken“ wolle, scheint sich deshalb nicht ganz mit der Realität zu decken.

Der Oberbürgermeister spulte im ersten Teil seiner Rede das übliche Programm ab: Dass man „stolz darauf“ sei, Standort eines Fliegerhorstes der Bundeswehr zu sein und „ebenso stolz darauf, eine Einheit der Britischen Armee hier stationiert zu wissen“. Es folgte die übliche Betonung der Bedeutung Celles als „Garnisonstadt“. In der Bebilderung wird's ein bisschen kurios: „Von hieraus starteten Rosinenbomber, um die Bevölkerung Berlins zu versorgen, britischen Regimentern wurde 'Freedom of the City' zugestanden. Einige Stadtteile sind von ausladenden Kasernenanlagen geprägt. Eine bauliche Attraktion ist das 'Neue Rathaus' von 1873 auf dem Gelände der ehemaligen Heidekaserne. Mit seinen 183 Metern Länge war es einmal das größte zusammenhängende Backstein-Militärgebäude in Deutschland.“ Militär als Technisches Hilfswerk, Kostümball und Architekturgeschichte? So kann man's sicherlich auch erzählen. Dass die Soldaten der Celler Garnisonen in den letzten 85 Jahren an zwei Angriffskriegen beteiligt waren, hat eben irgendwie nicht den Helfer-Touch, und dass sowohl der Fliegerhorst wie die von den Briten genutzte Kasernenanlage Nazi-Bauten sind, ist halt eine andere Architekturgeschichte. Und selbst in der jüngeren Vergangenheit zeigt sich der oberste städtische Repräsentant nicht besonders sattelfest, wenn er den „ersten Einsatz deutscher Truppen im Ausland nach dem zweiten Weltkrieg“ in die Ära des Verteidigungsministers Struck legt. 1999 bereits hat die Bundeswehr unter Rudolf Scharping mit der Luftwaffe an dem verfassungsmäßig und völkerrechtlich umstrittenen Kosovo-Krieg teilgenommen.

Interessanterweise kommt Mende in einer ganzen Passage auf die Proteste zu sprechen: „Die Kritiker des Dialogs befürchten, dass die bundesdeutsche Gesellschaft mit diesem Treffen militärisch durchdrungen werden solle. Es stehe für Krieg, Ausbeutung und Aufrüstung. Mit diesen vermeintlich einfachen 'Wahrheiten' verkennen sie aber die Komplexität von Sicherheitspolitik. Heute ist es erforderlich, Antworten auf völlig neue sicherheitspolitische Fragestellungen zu entwickeln. Der internationale Terrorismus und seine Begleiterscheinungen stellen uns vor neue Herausforderungen. Zum Schutz unseres demokratischen Ge-

meinwesens und unserer Bevölkerung gilt es, für diese Herausforderungen Antworten zu entwickeln. Dieser Argumentation dürfen sich auch die Kritiker dieses Dialogs nicht verschließen! Das Beispiel Afghanistan zeigt, dass deutsche Interessen auch im Ausland wahrgenommen werden müssen.“ Was dabei die „Argumentation“ sein soll, bleibt unklar; denn eigentlich ist's nur eine Variation der Struckschen Behauptung, wonach Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden müsse.

Bekanntlich vereinnahmte Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung 1982 einen Slogan der Friedensbewegung („Frieden schaffen ohne Waffen!“), indem er ein „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ daraus machte. Mende ist da dreister, wenn er sich eine der Losungen des Protests, nämlich: „Für eine Welt ohne Krieg!“, einfach zu eigen macht:

„Natürlich geht es Ihnen wie mir und allen anderen Menschen in verantwortlichen Positionen dieses Landes: Wir sind für eine Welt ohne Krieg! [...] Den Einsatz in Afghanistan halte ich für gleichwohl für erforderlich!“ Ginge es nicht um eine ernste Angelegenheit, könnte man Mendes paradoxe Weltansicht zu der eines „eingefleischten Vegetariers“ erklären.

Und wenn man fast an seinen eigenen Widersprüchlichkeiten erstickt, dann hilft einem nur die Phrase, wonach alles so unheimlich komplex sei: „Aber auch die jüngste Auftragsvergabe an die Unterlüßer Firma Rheinmetall zur Lieferung des Waffensystems für 405 Puma-Panzer im Wert von 3,1 Milliarden Euro ist eine begrüßenswerte Entscheidung für die Region. Hier zeigt sich, meine Damen und Herren, aber auch die komplexe, miteinander verwobene und manches Mal schwer vermittelbare Wirklichkeit des Miteinanders von Bundeswehr, Wirtschaft und Politik.“

Aber so schwer ist das gar nicht. Es gibt einen Begriff dafür, der heißt „militärisch-industrieller Komplex“ – und genau darum geht's beim Dialog in unserem beschaulichen Garnisonstädtchen. Wirtschaftliche und militärische Interessen koordinieren sich in einem nicht legitimierte Zirkel, u.a. um die politischen Entscheidungsträger zu einem hohen Niveau von Rüstungsbeschaffungen und einem möglichst geringen Niveau von Rüstungsexportbeschränkungen zu bewegen.

„Wir haben hier die Möglichkeit“, so Mende, „uns auf hohem Niveau dem Kern zu nähern, der für die politischen und administrativen Entscheidungen erforderlich ist. Das ist gut und richtig so. Aber wir dürfen und müssen uns gemeinsam darum bemühen, die Diskussion auch so zu führen, dass Außenstehende diese Entscheidungen, diese Einschätzungen zur Sicherheit teilen und verstehen können.“

Der Kern besteht in der Herstellung optimaler Verwertungsbedingungen für das nationale Kapital.

It's capitalism, stupid!

„Störungen muss man eben hinnehmen“

Bei den Aktionen gegen den so genannten „Celler Trialog“, einem jährlichen Treffen von hochrangigen Militärs, Wirtschaftsvertretern sowie Bundes- und Landespolitikern, hat die Stadt Celle das Demonstrationsrecht erheblich eingeschränkt. Zu dieser Problematik befragten wir Elke Steven vom Kölner Büro des Komitee für Grundrechte und Demokratie.

?: Bei der Auftaktdemonstration wurde die einzige Kundgebung, mit der die Veranstalter_innen sich räumlich direkt an ein Innenstadtpublikum hätten wenden können, untersagt und ein alternativer Standort für diese Kundgebung genehmigt, der in einer Parkanlage lag. Die Innenstadt galt gewissermaßen als unberührbar. Der „Celler Trialog“ hatte noch gar nicht begonnen. Für die Auflage gab es keine auf Gefährdungsszenarien beruhende Begründung, sondern es wurde unverblümt Kommerz und Verkehr der Vorrang eingeräumt. Zum einen handelte es sich um ein vom regionalen Tourismusmanagement durchgeführtes Biker-Treffen, zum anderen um die angebliche Staugefahr auf einer Bundesstraße. Gibt es diese Erfahrungen auch andernorts und was ist davon zu halten?

!!: Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG ist von Beginn an ein hoch umstrittenes Grundrecht. Es garantiert den Bürgern und Bürgerinnen eine der wenigen Möglichkeiten, öffentlich Einfluss auf die politische Diskussion zu nehmen. Ansonsten blieben sie Stimmvieh für die Wahlen. Ab und an können sie auch versuchen, mittels Petitionen ihre Anliegen vorzubringen. Und dieses Grundrecht ist eines, das vor allem die Andersdenkenden schützen soll, denn sie, nicht diejenigen, die mit dem Mainstream übereinstimmen, brauchen diesen Schutz. Ohne die manchmal aufmüpfigselbstbewusste Inanspruchnahme dieses Grundrechts wäre es 1985 wohl kaum zu dem grundlegenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gekommen, mit dem dieses das Grundrecht gegen all die politisch-polizeilichen Übergriffe zu schützen versuchte. Seitdem sollte jede Ordnungsbehörde wissen, dass man dieses Grundrecht nicht einfach gegen andere Rechte, Bedürfnisse und Wünsche aufrechnen kann. Für Auflagen oder gar Verbote gelten hohe Hürden. Selbst wenn der Celler Trialog schon stattgefunden hätte, hätten die Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit konkret und präzise nachgewiesen werden müssen, um Verbote auszusprechen. Allgemeine Störungen im alltäglichen Ablauf muss man eben hinnehmen und ansonsten für eine gute Verkehrsregelung sorgen. Tatsächlich aber sind diese Auseinandersetzung und die ordnungspolitischen Versuche, das Versammlungsrecht auszuhebeln, Alltag in der Bundesrepublik Deutschland. Das BVerfG hat sich immer wieder für ein möglichst uneingeschränktes Recht eingesetzt, aber leider nicht immer und in ausreichendem Maße. Allerdings ist das Gericht z.B. im Kontext des

G8-Gipfeltreffens in Heiligendamm von der Polizei systematisch belogen worden.

?: Gravierender aber empfanden es viele Aktivist_innen, dass während der Konferenz eine Kundgebung in der Nähe der Konferenzteilnehmer verboten wurde. Sicherlich war die Versammlung im Vorfeld als Aktion angekündigt worden, mit der die Anfahrt der Konferenzteilnehmer und eine Bundeswehr-Serenade akustisch „gestört“ werden sollte. Wenn das einzige, das genehmigt wird, eine anderthalb Kilometer entfernte Versammlung ist – und dies am Tag davor, so dass es praktisch verunmöglich wird, noch Rechtsmittel einzulegen – was hat das dann noch mit dem Grundgesetz zu tun?

!!: Diese Kurzfristigkeit von Verboten und Auflagen ist eines der Mittel der Ordnungsbehörden geworden, die Rechtsprechung der Gerichte außer Kraft zu setzen. Damit wird die Rechtsweegegarantie ausgehebelt. Das höchste Gericht hat immer wieder betont, dass das Versammlungsrecht das Recht beinhaltet, über Ort und Zeit zu entscheiden. Es hat z.B. entschieden, dass die Bundeswehr, wenn sie ihre Gelöbnisse denn im öffentlichen Raum zelebrieren will, kein Recht darauf hat, dies ungestört zu tun. Zum Versammlungsrecht gehört die öffentliche Auseinandersetzung, die allerdings vom Respekt vor den anderen Menschen und der Achtung ihrer Grundrechte getragen sein muss. Der Aufruf zu einer Blockade kann nicht automatisch dem Anmelder einer Demonstration zugerechnet werden. Außerdem stehen auch Sitzdemonstrationen bis zu ihrer rechtswirksamen Auflösung unter dem Schutz des Versammlungsrechts. Nur tatsächliche, also konkrete Hinweise auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, die von der Demonstration insgesamt und nicht nur möglicherweise von einem kleinen Teil der Demoteilnehmer ausgeht, würden ein Verbot rechtfertigen.

?: Es ist dann doch zu einer Protestaktion in der Altstadt von Celle gekommen. Zwei kleine Gruppen – also vielleicht insgesamt 6-8 Menschen hatten sich mit zwei Transparenten an die Straße gestellt. Und wirklich zeitparallel während der Bundesverteidigungsminister in der Pressekonferenz erklärte, die Bundeswehr sei in Afghanistan, damit man hier demonstrieren könne, wird friedlicher Protest von der Polizei unterbunden. Die Anmeldung einer Spontankundgebung wird nicht gestattet – statt dessen läuft gegen die Person, die sich um die Anmeldung der Spontankundgebung bemühte, also einen versammlungsrechtlichen Rahmen herstellen wollte, ein polizeiliches Ermittlungsverfahren. Was fällt Dir dazu ein?

!!: Das ist ein typischer Versuch, die Bürger und Bürgerinnen einzuschüchtern. Eine Spontandemonstration anzumelden, ist ja nun bestimmt nicht verboten. Ein Ermittlungsverfahren in diesem Zusammenhang ist ab-

surd. Richtig ist es, das Versammlungsrecht wahr- und in die eigenen Hände zu nehmen. Unsere Erfahrung zeigt, dass Ermittlungsverfahren ganz oft ins Leere laufen, dass Widersprüche gegen Buß- und Strafge­d­ler ganz oft erfolgreich sind, vor allem wenn man genügend langen Atem hat. Die vielen Strafge­d­ler wegen „nötigen­den Sitzblockaden“ in den 1980er Jahren mussten nach dem BVerfG- Beschluss im Jahr 1995 – Sitzblockaden stellen keine nötigen­de Gewalt dar - zurückgezahlt werden.

?: *Wir hatten den Eindruck, dass die Celler Ordnungsbe­hör­de nach dem Leitbild verfährt – wie gegen die Rechtsex­tre­men, so auch gegen potenziell linke An­mel­der_innen. Zu den Demon­stra­tionsauflagen gehörte näm­lich zum Bei­spiel das Verbot von Alkohol; die Un­ter­sa­gung, zu Hass und Gewalt aufzurufen; auch Hunde mitzuführen, war nicht erlaubt. Men­sch­en, die ein Grundrecht wahr­neh­men, wird gewissermaßen un­ter­stellt, sie seien eine aggressive Ban­de. Ist das eine Ten­denz, die ihr auch anderswo beobachtet?*

!: Nun bin ich tatsächlich der Meinung, dass das Grundrecht auf Versammlungs­frei­heit für alle gilt, auch für die, die unerträglich-abstoßende Meinungen zum Ausdruck bringen, denn es schützt die Meinungs­frei­heit. Ein geteiltes Grundrecht hört auf, eines zu sein. Aller­dings sind solche unsinnigen Auflagen eines der Pro­ble­me, mit denen wir seit einiger Zeit häufig zu tun haben. Auch hier haben Gerichte schon häufiger fest­ge­stellt, dass viele Auflagen rechtswidrig sind. Der Bayerische Gerichtshof befand 2007, dass 21 von 25 erlas­se­nen Auflagen für eine Demonstration rechtswidrig waren. Auflagen sind ein Mittel der Ordnungs­be­hör­den geworden, Eingriffsmöglichkeiten für die Polizei zu schaffen. Noch schlimmer ist, dass auf diesem Wege immer häufiger Demonstra­tionsan­mel­der unter Druck gesetzt werden. Im Jahr 2008 wurden mindestens vier Ver­fah­ren eingeleitet. Fast immer enden diese, spätes­ten in der zweiten Instanz, mit Freisprüchen. Die neuen Versammlungs­ge­setze, die nach der Föderalismusreform von den Ländern erlassen werden können, könnten versuchen, die Rechts­grund­lage dafür zu schaffen, dass die Leiter zukünftig Hilfspolizisten sein sollen. Das bayerische Versammlungs­ge­setz machte den ersten Schritt in diese Richtung. Aller­dings hat das BVerfG in einer Eilentscheidung Teile dieses Gesetzes für verfas­sungswidrig erachtet. Der Kampf um das demokratisch-existen­tielle Grundrecht geht weiter.

?: *Deine Position, wonach ein Grundrecht wie die Ver­sammlungs­frei­heit für alle, also auch Neonazis zu gelten habe, steht ja im Widerspruch zu der Antifa-Losung "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" oder anders: Kein Fußbreit der rassistischen Propaganda und neofaschistischer Organisierung. Welche Antworten hast du oder habt ihr im Komitee auf diese Position?*

!: Ich zitiere in diesem Zusammen­hang gerne Rosa Luxemburg, die ja schon für die Freiheit der Andersdenkenden eingetreten ist. Aber selbstverständlich müssen wir gegen solche braunen Meinungen selbst aufstehen, auf die Straße gehen, demonstrieren, dass für rassistische

Grundrechte-Report 2006

Zur Lage der Bürger- und
Menschenrechte in Deutschland



Herausgeber:

T. Müller-Heidelberg, U. Finckh, E. Steven, H. Habbe,
J. Micksch, W. Kaleck, M. Kutscha, R. Gössner und F. Schreiber

Propaganda kein Platz ist. Es gibt inzwischen viele gute Beispiele für Aktionen und Demonstrationen. Zugleich müssen wir aber aus prinzipiellen Gründen auch dafür eintreten, dass diese Auseinandersetzungen stattfinden können, dass die Meinungs­frei­heit - hier ist nicht die Rede von Straftaten - nicht staatlicherseits beschnitten wird. Und wer an der prinzipiellen Orientierung zweifelt, sollte sich die neu entstehenden Versammlungs­ge­setze ansehen. Von der Begründung, "rechtsextremistische" Demonstrationen leichter verbieten zu wollen, geht es schnell dazu über, bei rechten wie linken "extremistischen" Versammlungen besser polizeilich eingreifen zu können. Die Geheimdienste entscheiden letztlich, was extremistisch ist.

Grundrechte-Report 2008

Zur Lage der Bürger- und
Menschenrechte in Deutschland



Herausgeber:

T. Müller-Heidelberg, U. Finckh, E. Steven, J. Kühn,
J. Micksch, W. Kaleck, M. Kutscha, R. Gössner und U. Engelfried

„Den arbeitenden Menschen ... den Zugang zur Natur zu erschließen“

Gerade war Urlaubszeit, viele sind verreist und nur wenige kennen sie: die NaturFreundehäuser.

„Den arbeitenden Menschen aus grauen Städten den Zugang zur Natur zu erschließen“, war das Ziel der Gründergeneration der NaturFreunde Bewegung vor gut 100 Jahren. Sie wollten ein Recht auf freien Zutritt in Bergen und Wäldern für alle, gegen die privaten Interessen der Großgrundbesitzer und die existierenden bürgerlich-konservativen Bergsteiger- und Wandervereine, die den Arbeiter_innen die Mitgliedschaft verwehrt. Der kämpferische Gruß *„Berg frei“* war ab 1900 Ausdruck der Forderung nach dem Recht auf Freizeit in den Bergen nicht nur für Bürgertum und Adel. Ausbau und der Betrieb von NaturFreundehäusern war somit Klassenkampf.

1933 führte die Kritik am Kapital und an der herrschenden Klasse zum Verbot des Naturfreundevereins durch die Nationalsozialisten. In der Folge wurden alle damals 428 selbsterrichteten Hütten und Häuser des Vereins beschlagnahmt. 1945 begann der Wiederaufbau der Organisation, die enteigneten Häuser wurden zurückgegeben. Das Netz der NaturFreunde (NFI) erstreckt sich heute weltweit auf 21 Länder und 600.000 Mitglieder_innen.

Die revista sprach mit zwei Vertreter_innen der NFI Ortsgruppe Celle:

revista: Dr. Karl Renner, Sozialist und Gründungsmitglied, sprach 1931 auf einer Eröffnungsrede: *„Wir sehen voraus, wie diese künftige Gesellschaft nicht mehr diktatorisch beherrscht, nicht mehr bürokratisch regiert wird, sondern in einer reichen Fülle von Sonderorganisationen sich selbst regiert.“* Ist diese Utopie bis heute in den Köpfen der NaturFreunde oder beschränken sie sich in der Gegenwart vor allem auf ökologische Themen wie Umwelt- und Klimaschutz?



NFI: Das Zitat von Karl Renner ist historisch einzuordnen. Als Sozialdemokrat hatte er in der Zeit vor dem Faschismus schon die Vision einer Gesellschaft, die sich strukturell von einer konservativ-kaiserlich-klerikalen Ordnung abheben wollte. Allerdings gehörte Renner dem rechten Flügel der SPÖ an, für die er nach 1945 die bürgerlich parlamentarische Wertegemeinschaft in Österreich implantierte. Insofern kein Vertreter einer selbstorganisierten Vertretung von unten. Naturfreund_innen heute sind eher im Spektrum links der Union zu verorten.

revista: 1950 wurde der Gesamtverein in die NaturFreunde Internationale (NFI) umgewandelt. Im Jahr 2001 gab es auf dem Bundeskongress in Duisburg erneut eine Namensänderung in NaturFreunde Deutschland - Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur. Hat sich auch jeweils an den Inhalten der Bewegung etwas geändert?

NFI: Im Prinzip nicht. Allerdings rücken Themen wie Ökologie und sanfter Tourismus sowie Privatisierungen stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Wenig bekannt ist, dass sich die Naturfreund_innen von Anfang an im Bündnis gegen die geplante Bahnprivatisierung engagieren. Wir mobilisieren auch zur zentralen Anti-AKW Demo am 5. September 2009 nach Berlin. Viele fortschrittliche Initiativen sind unter dem Dach der Naturfreund_innen denkbar.

revista: Ist die NFI aktuell noch eine proletarische Bewegung, bzw. von wem werden die Häuser heute hauptsächlich genutzt?

NFI: Bewegungscharakter wie in der Frage angedeutet hat die Organisation nicht mehr. Analog zu den Entwicklungen anderer Organisationen aus dem Umfeld der traditionellen Arbeiter_innenbewegung ist auch bei uns das Umfeld weggebrochen. Wir sind in erster Linie eine ökologische und touristische Bewegung, die sich nicht mehr auf ein bestimmtes Milieu orientiert. Die traditionellen Industriearbeiter_innen sind in der Mitgliedschaft nicht die bestimmende Größe. Naturfreundehäuser werden heute hauptsächlich von denen benutzt, die entweder eine kinder- und familiengerechte Alternative zu Jugendherbergen suchen oder die sich mit den Zielen der Naturfreund_innen identifizieren. Außerdem erfreuen sich die Häuser großer Beliebtheit als Tagungszentren für fortschrittliche Gruppen von der Antifa bis zu den Gewerkschaften.

Links ein Blick auf das Celler NaturFreunde-Haus „Waldschmiede“



revista: Was kostet die Unterkunft und wird eine Mitgliedschaft erwartet?

NFI: Selbstverständlich wird keine Mitgliedschaft von unseren Gästen erwartet. Mitglieder zahlen je nach Niveau, zwischen 10 und 40 Euro, Nichtmitglieder ca. 10 % mehr. Es gibt immer noch Naturfreundehäuser, die nur Mehrbettzimmer und Duschen zur Verfügung stellen. Aber auch Häuser mit Halbpension in herrlicher Lage, z.B. das Naturfreundehaus Königstein in der Sächsischen Schweiz.

revista: In vielen Städten gibt es sehr schöne Naturfreundehäuser mit ganz aktiven Ortsgruppen, die auch zu Themen wie z.B.: Antirassismus, Antimilitarismus; Antisexismus, usw. arbeiten. Wie sieht es hier in Celle aus und was wünscht ihr Euch für die Zukunft?

NFI: In Celle ist die Situation dramatisch. Die Ortsgruppe ist gnadenlos überaltert, es fehlt der Nachwuchs. Hier wurden in den letzten 30 Jahren Strukturen geschaffen, die der aktuellen Mitgliedschaft gerecht werden. Für die Zukunft wurde nicht geplant. Das Programmangebot ist nicht auf das Spektrum der 15-35jährigen ausgerichtet. Der Weiterbestand des Naturfreundehauses „Waldschmiede“ ist gefährdet, weil niemand die ehrenamtliche Arbeit übernehmen möchte. Die Ortsgruppe Celle wird nur dann Bestand haben, wenn in den nächsten 1-2 Jahren jüngere Mitglieder eintreten und sich engagieren. Nur dann wird es möglich sein, antirassistische und antimilitaristische Initiativen zu entwickeln. Über eine solche „Eintrittswelle“ aus dem Umfeld der revista würden wir uns sehr freuen. Wir haben da aber nur ganz schwache Hoffnungen.



Ein Verzeichnis
der Naturfreundehäuser
findet ihr unter:
www.naturfreundehaeuser.net

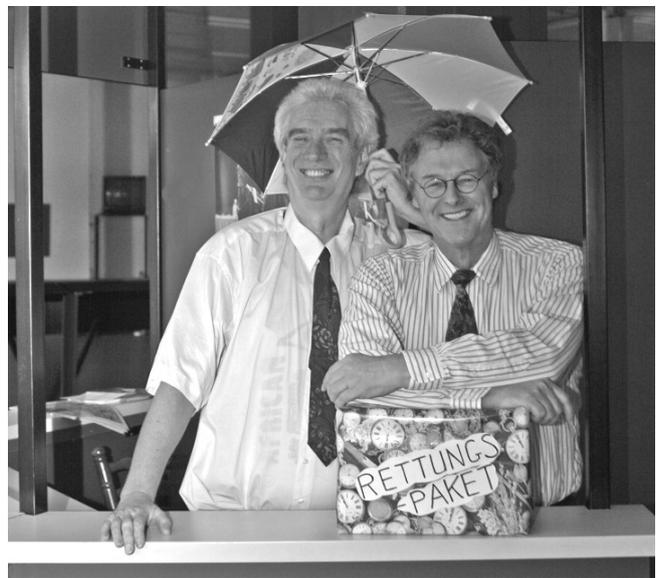
VERTRAUEN

ein satirisches Programm
über die Krise von

**Thomas Ebermann
& Rainer Trampert**

Am 9. Oktober in Celle

In der „bewährten Montage von Originalzitaten und eigener Kommentierung, die sie in einem arbeitsteiligen Duett vortragen“, kümmern die beiden sich in ihrem Programm „Vertrauen“ um die Wirtschaftskrise. Die „Nordsee-Zeitung“ schrieb: „Eloquent, präzise und mit trockenem Humor werden die Hintergründe der Finanzkrise beleuchtet oder die Worthülsen eines Humangeografen entlarvt ... Bittere Unterhaltung, was die Linksaußen der deutschen Kabarettsszene intelligent und mit beißendem Spott aufzischen.“



Noch im Programm: Woher sollen Kinder sich das Grundvertrauen holen, wenn die Eltern ihre Erbschaft verspielen? Eine Trauerfeier für Adolf Merckle soll dazu beitragen, dass sich das gestörte Verhältnis der Linken zu Unternehmern verbessert. In „Der Job-Knigge“ erfährt das Publikum, wie es ein erfolgreicher Hamster im Laufrad wird. Helmut Schmidt, bei dem die Deutschen vom ersten Immobilien-Kredit an Halt suchten, analysiert die Weltlage aus der Sicht eines Oberleutnants. Für kirchlichen Beistand sorgt der katholische Bischof Marx, der bei dieser Gelegenheit Differenzen zu seinem Namensvetter offen legt. Nur Peter Sloterdijk hat bis heute keine Krise wahrgenommen, sondern eine Frivolitätsepoche. Dazu gibt es noch ein paar bewährte ältere Stücke.

Die Redaktion ist einhellig der Meinung: Wer revista liest, sollte E & T nicht verpassen. Sie sind die Marx-Brothers der deutschsprachigen Satire.

Veranstalter ist der Rosa-Luxemburg-Club, der ausnahmsweise mal Eintritt nimmt: 10 bzw. 6 Euro (erm.)

Fr., 9. Oktober, 20 Uhr, Kunst & Bühne (Nordwall)

Ausstellung in Celle vom 4. September bis 25. Oktober

Karl Völker - Utopie und Sachlichkeit

Vom 4. September bis zum 25. Oktober 2009 stellt das Bomann-Museum Celle Werke Karl Völkers unter dem Titel „Utopie und Sachlichkeit“ aus. Karl Völkers bekannte Bilder der 20er Jahre sind hinsichtlich ihres Gegenstandsbezugs – wie die meisten Werke der Neuen Sachlichkeit – banal. Am Beispiel *Arbeitermittagspause*: Das Bild zeigt eine Kantine. Dabei nutzt Völker keine Mittel des Kubismus wie etwa eine Aufteilung in Teilbilder mit jeweils verschiedenen Perspektiven und wohl auch keine Mittel des Expressionismus wie die so genannte ‚Ausdrucksfarbe‘. (Zu erwähnen ist auch die abstrahierende Beschränkung auf Lokalfarben im Unterschied zu Erscheinungsfarben, wie sie den Impressionismus charakterisieren. Es geht Völker offenbar um eine dargestellte ‚Realität‘, wie sie sich in mannigfachen Erscheinungen zeigen kann.) Die Bilder sind schlicht ‚gegenständlich‘ gemeint, was natürlich nicht heißt, dass sie nicht auch Fiktives zeigten. Sie haben allerdings – auch dies typisch für viele Neu-Sachliche – oft etwas ‚Surreales‘. Man weiß nicht recht, ob sie als Einblicke in eine Art Traumwelt gedacht sind oder durchaus ‚von dieser Welt‘ sind. Nehmen wir wieder *Arbeitermittagspause* als typisches Beispiel:

1) Wenigstens der Titel legt nahe, dass es sich um eine Kantine handelt. Die Menschen, die in ihr sitzen, sind typisiert dargestellt, d. h.: nicht als einem bestimmten Typ Mensch ähnliche Menschen, sondern ihre Darstellung ist typisiert. Es kann aber sein, dass auf diese Weise eine gewisse Ähnlichkeit der Dargestellten mit einem Typen angezeigt werden soll.



2) Die dargestellte Architektur entspricht dem, was man klassische Moderne nennt: links das bekannte vertikale Fensterband, wie es in Treppenhäusern eingesetzt wurde. (In anderen Bildern, z. B. *Zement*, findet sich die übliche eher horizontale Ausdehnung des Fensterbandes, eines der bekanntesten Charakteristika des Neues Bauens.) Die Bauten haben Flachdach.

Zu 1) Die typisierte Darstellung der Menschen kann – wie gesagt – ein Mittel sein, das dazu dient, eine Formung dieser Menschen selbst anzuzeigen. Das mag kritisch gemeint sein. Aber wir wissen es nicht. Völker vertrat gewisse sozialistische Ideen (1924 Mitglied der „Roten Gruppe“ Berlin, 1930 Teilnahme an der „Internationalen Ausstellung sozialistischer Kunst“ in Amsterdam). Daraus geht jedoch nicht hervor, ob gegebenenfalls die Anzeige einer gleichartigen Formung von Menschen – im Bild: von Industriearbeitern – eine Kritik am Kapitalismus ist oder vielmehr eine Voraussetzung für dessen Überwindung zum Ausdruck bringen soll. Beides mag der Fall sein. Eine gewisse Qualität der Bilder könnte darin bestehen, eben dies offen zu lassen und beides nahe zu legen.

Zu 2) Was die dargestellte Architektur betrifft, können wir Folgendes sicher annehmen: Völker war kein platter Gegner einer den Bedürfnissen der Industrie entgegenkommenden Standardisierung von Bauteilen und eines ‚Designs‘ dieser Bauteile, das Standardisierung im Unterschied zu Handwerklichkeit deutlich zum Ausdruck bringt. Denn er war als Mitarbeiter Otto Haeslers aktiv am Neuen Bauen beteiligt. Daher liegt es nahe, dass seine Darstellung moderner Architektur nicht kritisch gemeint ist.

Das, was man also mit Sicherheit annehmen darf, ist erstaunlich für einen heutigen Betrachter dieser Bilder. Schon die Titel (*Arbeitermittagspause*, *Zement*, *Industriebild*) sind eher geeignet, die Erinnerung an (auch damals schon als solche empfundene – man denke an den Einfluss von William Morris und Ferdinand Avenarius) unangenehme Atmosphären im Kopf wachzurufen als an eine

Karl Völker (Halle/Saale 1889 - 1962 Weimar), *Arbeitermittagspause*, 1923, Öl auf Pappe, 64,5 x 94, Berlin, Deutsches Historisches Museum

schönere Welt – rationelleres Produzieren, weniger Arbeitszeit, Verteilung des Produzierten nach Bedarf an die Produzierenden – zu denken. Die Bilder dokumentieren offenbar den oft so genannten ‚Fortschrittsglauben‘ der Ideologien des 20. Jahrhunderts, der blind war für wesentliche Bedingungen eines guten Lebensgefühls.

Wenn man *Arbeitermittagspause* genauer betrachtet, könnte man aus den Gesichtern so etwas wie kommentierende Gefühle herauslesen. Ist die Familie vorne von den hinten Sitzenden ausgeschlossen? Schließt sie sich selbst aus? Hat das etwas mit politischer Haltung zu tun? (Auf der website des Deutschen Historischen Museums zur 2002 stattgefundenen Ausstellung „Die zweite Schöpfung. Bilder der industriellen Welt vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart.“ wird zu diesem Bild aus dem von Ingrid Schulze 1974 in der DDR veröffentlichten Band über Völkers Schaffen zitiert: „Die Familie im Vordergrund verkörpert die Hoffnung auf eine Zukunft, in der die Industrie bzw. die Fabrikarbeit die Grundlage einer neuen, von der Herrschaft des Proletariats bestimmten Gesellschaftsordnung sein wird.“) In diese Richtung denken ‚Interpretationen‘ gerne. Von größerem Interesse für den Kunstcharakter dieser Bilder ist wohl, dass sie etwas treffen: die Atmosphäre einer ‚schönen neuen Welt‘, die wir heute kritischer sehen als viele Künstler in der jungen Weimarer Republik. Angemerkt sei, dass Otto Haeslers moderne Bauten in Celle, an deren Farbgebung Völker bekanntlich großen Anteil hatte, aus meiner Sicht die etwas gespenstische Maschinenatmosphäre der Bilder Völkers nicht ausstrahlen. Beispielsweise die Treppenhäuser der Siedlung Georgsgarten, die das erwähnte vertikale Fensterband auszeichnet, haben in ihrer Helligkeit und ihrer Farbgebung innen etwas Erfrischendes und Einladendes, das selbst in anderen Treppenhäusern des Neues Bauens seinesgleichen sucht.

Wie gewollt auch immer das ist: Völkers neu-sachliche Bilder liefern Einblicke in eine Welt, in der Menschen einerseits von einer für nur wenige Gewinn bringend durchrationalisierten Welt zugerichtet sind und die andererseits Mittel für eine Überwindung dieses Zustandes bereitstellt. So mag er zumindest seinen Beitrag zur Moderne in der Architektur verstanden haben.

CS

Mit rund 140 Gemälden und Grafiken aus Beständen der Stiftung Moritzburg bietet die Ausstellung einen profunden Einblick in die zentralen Schaffensphasen des Künstlers. Zur 2007 in Halle gezeigten und konzipierten Ausstellung gibt es einen Katalog „Karl Völker: Utopie und Sachlichkeit - Maler, Grafiker, Architekt“, hg. von Klaus Völker und Bärbel Zausch, Halle (Stiftung Moritzburg) 2007.

Begleitveranstaltungen im Bomann-Museum am 18.10. - 11:30 Uhr: Karl Völker - Ein Beitrag zur Rezeptionsgeschichte der Vergeblichkeit – Vortrag von Michael Freitag, Stiftung Moritzburg und am 22.10. - 19:00 Uhr: Farbiges Neues Bauen. Die Zusammenarbeit von Otto Haesler und Karl Völker – Vortrag von Simone Oelker

Die Ausstellungseröffnung ist am 3.9. um 19 Uhr - jeweils am Freitag ist der Besuch des Bomann-Museums kostenlos.



Karl Völker, Industriebild, um 1924, Öl auf Leinwand, 93 x 93 cm



Bauten von Haesler im *Italienischen Garten* und *St. Georgsgarten*; Völker lebte zwischen 1928 und 1933 in Celle, wo er im Architekturbüro von Otto Haesler mit Fragen der Farbgestaltung befasst war; Fotos: Hans-Jörg Schlaberg



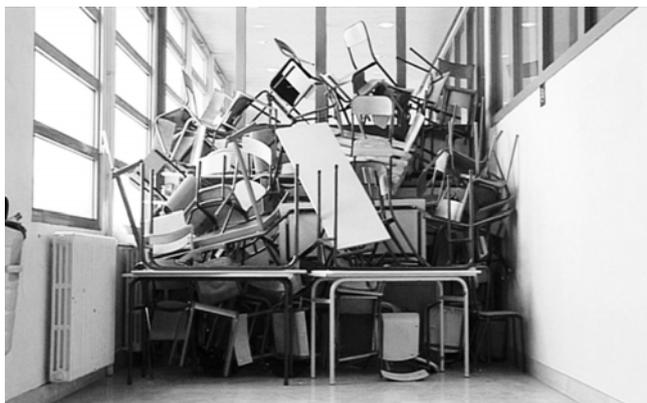


Kontrolle, Regeln, Selbstbestimmung **UEBER MACHT FILMFESTIVAL**

Vom September bis zum Jahresende zeigt das Celler Kino 8 1/2 im Rahmen des bundesweiten Festivals "ueber Macht" acht Filme, die sich im weiten Sinne der Ambivalenz der Macht widmen. Das Festival findet in über 120 Städten statt und wird überregional betreut von der "Aktion Mensch" im Rahmen ihrer so genannten Gesellschafter-Initiative. "In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?" fragte die Initiative vor drei Jahren in Fernsehspots und auf Plakatwänden – und regt seitdem mit unterschiedlichen Aktionen zum Nachdenken, Diskutieren und Handeln an. Dazu gehört auch ein jährliches Filmfestival, das dieses Jahr erstmals auch in Celle stattfindet.

Mit „ueber Macht“ will die Initiative "sensibilisieren für explizite und implizite Machtstrukturen, für legitime und illegitime Macht- und Herrschaftsverhältnisse." Angeregt werden soll ein Nachdenken "über die Macht, ihre Kontrolle, über nötige und unnötige Regeln und die besten Wege zu mehr Selbstbestimmung".

Im Kino 8 1/2 werden bis zum Jahresende jeweils am 1. und 3. Donnerstag im Monat Filme aus dem Festivalprogramm gezeigt. Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr, der Eintritt beträgt 2,50 Euro.



Los geht es am 3. September mit „Monsanto, mit Gift und Genen“ (siehe Foto links), ein Film über die Problematik von Gentechnik, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Am 17. September folgt mit „Zuoz - Schule der Elite“ ein Dokumentarfilm, der anhand eines Internats, auf das die Führungselite Europas ihre Kinder schickt, eine Erziehung problematisiert, die reibungsloses Funktionieren zum Ideal erklärt.

Im Oktober werden „Streik(t)raum“ (1.10.) aus Frankreich (Foto links unten) und der pakistanische Film „Die Schuld, eine Frau zu sein“ (15.10.) gezeigt.

Im November geht es weiter mit „Ruhnama - Im Schatten des heiligen Buches“ (5.11.), „Die dünnen Mädchen“ (19.11.) und im Dezember mit „Manda Bala - Send a Bullet“ (3.12.) und „Strange Culture/Fremdkulturen“ (17.12.).

Als Filmpartner für das Projekt waren zum Redaktionsschluss aus Celle der DGB, attac, der Weltladen, die ver.di Ortsgruppe und die Greenpeace-Gruppe dabei.

Ab Mitte September wird an vielen Orten ein ausführliches Booklet zum Celler Festival ausliegen.

Anzeige

ueber Macht
Kontrolle, Regeln, Selbstbestimmung
Das bundesweite Filmfestival

**3. September bis
17. Dezember 2009**

**Kino achteinhalb
CELLE**

Hannoversche Straße 30e | 29221 Celle
Tel. 05141 - 90 73 49
www.kino-achteinhalb.de

3. Sept. | 19:30 Uhr MONSANTO, MIT GIFT UND GENEN
17. Sept. | 19:30 Uhr ZUOZ - SCHULE DER ELITE
1. Okt. | 19:30 Uhr STREIK(T)RAUM
15. Okt. | 19:30 Uhr DIE SCHULD, EINE FRAU ZU SEIN

www.ueber-macht.de

dieGesellschafter.de
IN WAS FÜR EINER GESELLSCHAFT WOLLEN WIR LEBEN?

Eine Initiative der AKTION MENSCH

Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, einen Blindgänger zu lieben

Celle steht ein geschichtspolitischer Streit bevor. Austragungsort: Die in unterschiedlicher Form von CDU und Bündnisgrünen vorgebrachte Idee, im so genannten "Torhaus" (siehe Foto unten) beim Neuen Rathaus eine Dokumentationsstätte zur Lokalgeschichte des Nationalsozialismus einzurichten. Anknüpfend an den jüngeren Gedächtnisboom, in dem deutschen Opfererinnerungen mediale Aufmerksamkeit widerfahren, wollen Teile der CDU-Ratsfraktion scheinbar Celle und die Celler als "Opfer" ausstellen. Als Symbol dieser erinnerungspolitischen Rückwärtsrolle fungiert ein jüngst gefundener Blindgänger vom Bombardement des 8. April 1945. Wie scharf diese Bombe noch ist, wird sich in den kommenden Monaten erweisen. SPD und Bündnisgrüne zeigten sich in der letzten Kulturausschusssitzung jedenfalls auf der Hut – und wenig Bereitschaft, diese Bombe lieben zu lernen.

In den letzten Jahren ist in Celle bemerkenswertes geschehen im Umgang mit der nationalsozialistischen Geschichte der Stadt: beachtliche Forschungsarbeiten, eine vielfältige Erinnerungskultur und von kommunalpolitischer Seite her sogar die Änderung der an die Nazi-Täter Blanke und Meyer erinnernden Straßennamen. Daran anknüpfend hatten die Bündnisgrünen am 18. Oktober 2008 einen Antrag zur Erarbeitung einer Dauerausstellung gestellt:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, ein Ausstellungskonzept samt Örtlichkeit zum Thema >Celle im Nationalsozialismus< zu erstellen. [...] Bisher gibt es keinen Ort, in dem umfassend über die nationalsozialistische Herrschaft in Celle informiert wird. Antisemitismus und Rassismus, ideologische Grundpfeiler des Nationalsozialismus, stellen bis in die Gegenwart eine Gefährdung der Menschheit dar. Insbesondere für heranwachsende Generationen, die auch in den Familien keine Zeitzeugen mehr haben, kann solch ein Erinnerungsort von pädagogischer Bedeutung sein.“

In der CDU verfolgt deren Ratsmitglied Wulf Haack seit längerem die Idee einer Dokumentationsstätte. Doch der am 4. November 2008 von der CDU-Fraktion gestellte Antrag ließ bei manchen eher Sorgenfalten entstehen:

„Im sog. Torhaus auf dem Gelände der ehemaligen Heidekaserne wird ein Dokumentationszentrum eingerichtet. Diese Ausstellung soll unter den Titel gestellt werden: „Der Nationalsozialismus und seine Folgen - Krieg, Gewalt und Verfolgung in Celle“ [...] In einem Dokumentationszentrum im Torhaus auf dem Gelände der ehemaligen Heidekaserne könnten Zeitzeugnisse dargestellt werden. Nach

neueren Forschungen (Bernhard Strebel „Celle April 1945 revisited“ Seite 78) waren in einem Pferdestall auf diesem Gelände vom 8. bis 12. April 1945 Kz-Häftlinge ohne jede Versorgung untergebracht. Es handelte sich um Menschen, die den Bombenabgriff am Bahnhof und die anschließende Verfolgung überlebt hatten. Im Anhang der Veröffentlichung von Strebel sind Luftaufnahmen vom Güterbahnhof nach der Bombardierung und Aufnahmen von diesem Pferdestall enthalten. Diese Aufnahmen und weiteres Bildmaterial aus allen Lebensbereichen in Celle von Not und Leid in der Zeit von 1933 bis 1945 könnten in dem Dokumentationszentrum ausgestellt werden. Auch die im Rahmen der Straßenbauarbeiten am Güterbahnhof sichergestellten Zeugnisse des Bombenangriffs (Metallreste von zerstörten und zerfetzten Waggons [sic!], Achsen, Schienen, Schwellen, Bombensplitter) könnten Verwendung finden. Schließlich könnten Dokumente, Plakate und insbesondere Berichte über persönliche Erfahrungen und Schicksale der in Celle lebenden Bevölkerung einen umfassenden Eindruck von Not und Grauen in unserer Stadt geben, als ständige Warnung vor Diktatur und Gewalt, Krieg und Verfolgung.“

Die Bündnisgrünen wollen einen festen Erinnerungs- und Lernort zur Lokalgeschichte des Nationalsozialismus, über den auch Menschenrechts-Bildung vonstatten gehen soll. - Die CDU will Opfergeschichten, wobei das durchgängige Erzählmuster ist: Der Nationalsozialismus hat alle zu Opfern gemacht. Ein Folgeantrag lässt kaum noch Zweifel an dieser Absicht.

Im Februar 2009 war auf dem Gelände der ITAG eine 20-Zentner-Bombe gefunden und entschärft worden. Was in Hannover und anderen deutschen Städten eine seit Kriegsende regelmäßig wiederkehrende Übung ist, nämlich die weiträumige Evakuierung der Bevölkerung während der Entschärfungsprozedur, hatte in Celle





Standfotos befreiter Häftlinge vom 12. April 1945 aus einem Film der britischen Armee; Quelle siehe Strebel 2008, S. 168.

einen Neuigkeitswert. Was seinen Grund vor allem darin hat, dass die Bombardierung des Güterbahnhofs (angesichts des einmaligen Charakters) eben gerade nicht zu einer das kollektive Gedächtnis prägenden Erinnerung gehört. Im Gegenteil: Die unzerstörte Altstadt wurde stets als das

Besondere hervorgehoben. Trotzdem stürzte sich Wulf Haack, der seit längerem ein Faible für schrottreife Artefakte dieses einen Bombenangriffs auf die Stadt hat, geradezu auf den entschärften Blindgänger. Er ließ zunächst seine Fraktion beantragen, den Weg der Bombe auf den Schrottplatz durch Ankauf zu verhindern und sie „für ein Dokumentationszentrum in Celle“ sicherzustellen. In der Begründung heißt es:

„Der 8. April 1945 ist ein furchtbarer Tag in der Geschichte der Stadt Celle. An diesem Tag fielen Bomben auf den Bahnhof und die nahe gelegenen Wohngebiete, ein Bombenteppich, dessen vernichtendes Ausmaß man sich kaum vorstellen kann. Heute erinnert im Stadtbild nichts mehr an diesen Angriff. Im Rahmen von Bauarbeiten wurden im Bereich der Borsigstraße bereits 2007 Fundstücke sichergestellt, die eine Ahnung vom Inferno vor über sechzig Jahren aufkommen lassen: Zerfetzte Schienen und Bahnschwellen, verbogene Radachsen, Waggonteile und Bombensplitter - es sind stumme Zeugen einer tödlichen >Geschichte zum Anfassen<. Diese Fundstücke sind auf dem Bauhof eingelagert. Der Blindgänger könnte nach Entfernung des Sprengstoffs mit den bereits geborgenen Fundstücken in einem Dokumentationszentrum integriert werden, in dem mit Fotos, Fundstücken und Zeitzeugenberichten der Bombenangriff auf Celle dargestellt wird.“

Noch unmissverständlicher formulierte es ein in der CZ veröffentlichter Leserbrief: *"Es ist endlich Zeit, auch in Celle der am 8. April gefallenen Mitbürger zu gedenken und zwar ohne die üblichen relativierenden, schulmeisterlichen Hinweise auf andere Geschehnisse"*. (CZ, 01.07.2009)

Nun müsste man gar nicht darüber streiten, ob man auch Bombenschrott in eine derartige Ausstellung integrieren kann – worüber man unbedingt streiten muss, ist die Geschichte, die damit erzählt werden soll. Die Begründung unterschlägt das, wenn auch nicht singuläre, so doch herausstechen-



de Ereignis – nämlich das im Anschluss an den Bombenangriff stattfindende Massaker an KZ-Häftlingen. Dieses Kriegsendverbrechen ist der überregional bedeutende Teil des 8. April 1945 – und es ist eine Geschichte von ganz anderen Opfern und Tätern.

Die Kulturausschusssitzung kurz vor der Sommerpause hatte ihr Highlight dann darin, dass Haack einen von ihm mitgebrachten Bombensplitter durch die Reihen der Ausschussmitglieder wandern ließ. Und er bestand darauf, dass der Blindgänger als *„unverzichtbarer Bestandteil“* zur erforderlichen Visualisierung von *„Not und Grauen in Celle“* gehöre. Für Bündnisgrüne und SPD schien die Vorstellung, im Zentrum der Ausstellung eine 20-Zentner-Bombe platziert zu sehen, eher deplaziert. Woraus sie allerdings gleichzeitig ableiteten, dass der 8. April 1945 *„nicht zu sehr in den Mittelpunkt zu stellen“* sei. Da sah sich die CDU dann wiederum missverstanden; und Wulf Haack zeigte – so das Protokoll *„für die CDU-Fraktion auf, dass die Gewalt des Nationalsozialismus mit der Reichskristallnacht beginne und mit der Flüchtlingsankunft ende.“* Spätestens hier war klar, dass es zu kurz greift, sich mit den bildungspolitischen Absichten gerade auf Schüler_innen stürzen zu wollen.

Immerhin hatte die Verwaltung ihre Arbeit gemacht: Sie schlug vor, das im Torhaus anzusiedelnde NS-Dokumentationszentrum als *„internationales Lern- und Begegnungshaus“* zu konzipieren. Als *„bildungspolitischer Lernort“* müsse es *„die Entwicklungen und Geschehnisse der NS-Zeit in Celle in ihrer Gesamtheit darstellen und den Besuchern neben der Anschaulichkeit und Erlebbarkeit des Themas die Möglichkeit zu kritischer Reflektion bieten“*. Im ersten Schritt soll es um die *„Erarbeitung einer fachlichen Expertise als Grundlage für ein Raumprogramm und Ausstellungskonzept“* gehen. Dafür sollen 24.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden. Die historische Expertise soll dann im Rahmen eines Fachworkshops auf ihre museale Umsetzbarkeit hin diskutiert werden. Parallel sollte ein Kostenrahmen für die bauliche Instandsetzung des denkmalgeschützten Gebäudes mit einer Brutto-Grundfläche von jeweils 340 qm in Erdgeschoss und Dachgeschoss erstellt werden. Dieser erste Schritt soll etwa ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Das wurde letztlich im Ausschuss so beschlossen. Für die inhaltliche und bauliche Detailplanung setzte die Verwaltung ein weiteres Jahr an, und Sanierung des Gebäudes, Umbau und Einrichtung würden noch einmal ein Jahr dauern.

Und auch Wulf Haack konnte sich am Ende freuen. Mit der Mehrheit der Ausschussstimmen von CDU und FDP wurde beschlossen, dass die Stadt den Blindgänger sicherstellt – wobei Haack zusicherte, die erforderlichen Kosten in Höhe von rund 1.200 Euro durch eine Spendensammlung aufzubringen.

Für die Entschärfung des Blindgängers benötigte der Sprengmeister im Februar übrigens 35 Minuten; ob er geschichtspolitisch zu entschärfen ist, wird sich zeigen.

Warum geht der Amelung nicht einfach nach Hause?

„Die Wurzeln sind in den Verfolgern zu suchen, nicht in den Opfern, die man unter den armseligsten Vorwänden hat ermorden lassen“, konstatierte Theodor W. Adorno 1966 in seinem Radiovortrag *„Erziehung nach Auschwitz“*. In der deutschen Gedenk- und Ausstellungslandschaft hat dieser Ansatz kaum Niederschlag gefunden. Aber genau das könnte bei dem ambitionierten Celler Projekt zu einer Lokalgeschichte des Nationalsozialismus zum Dreh- und Angelpunkt gemacht werden: Warum ermordet ein Zivilist und gestandener Boxer wie Otto Amelung am 9. April 1945 wenige Tage vor dem absehbaren Ende des tausendjährigen Reiches wehrlose KZ-Häftlinge? Warum geht er nicht einfach nach Hause?

Auch wenn es über Jahrzehnte aus dem kollektiven Gedächtnis der Stadtbevölkerung verdrängt war: Das Massaker an KZ-Häftlingen im April 1945 ist ein Verbrechen, das sich in ähnlicher Weise zwar auch andernorts abspielte, aber für einen lokalgeschichtlichen Lernort dennoch das Zentrum der Erzählung bilden sollte. Von hier aus lässt sich viel Grundlegendes aufrollen, wenn auch nicht alles erklären.

Vom 8. April 1945 aus kann zurückblickend dargestellt werden, warum der Häftlingszug auf dem Güterbahnhof stand, warum es überhaupt zwangsarbeitende KZ-Insassen gab und in welchem Konzentrationslager-system sie ausgebeutet und ermordet wurden. Es lässt sich erzählen, warum die Alliierten es für erforderlich hielten, mit dem Angriff auf den Güterbahnhof die Transportwege für die längst geschlagene Wehrmacht abschneiden zu müssen. Auch die deutschen Akteure geraten in den Blick: In welchen Formationen agierten die Täter und wer gab die Befehle? Wie verhielt sich die Bevölkerung? Und beim Blick in die Nachkriegsgeschichte stellt sich die Frage, wie das Verbrechen geahndet wurde und warum sich die deutsche Justiz kaum damit beschäftigte? Und vor allem: Wie konnte dieses Verbrechen über Jahrzehnte derart verdrängt werden?

Terror, Rassismus, Herrenmenschentum, totalitäre Öffentlichkeit, geplante Vernichtung – diese Elemente nationalsozialistischer Herrschaft gilt es über ihre Wirkung im lokalen Raum darzustellen. Dabei wären – wie Raul Hilberg vorschlägt – die Rollen von Täter, Opfer und Zuschauern zu betrachten. Es sollte deutlich werden, dass die Herrschaftsform des Faschismus nicht denkbar ist ohne die *„Komplizenschaft“* der Bevölkerung (Hannah Arendt), und im Falle des deutschen Nationalsozialismus eben von einer Bevölkerungsmehrheit. Er *„integriert und privilegiert bestimmte Gruppen (und eben nicht nur eine enge Herrschaftsclique), so wie er andere ausgrenzt, ihnen einen minderen Status zuweist oder sie liquidiert.“* (Christoph Spehr) Wie lief diese *„soziale Neuvermessung der Grenzen zwischen Menschen und Untermenschen“* auf

der Ebene einer kleinstädtischen Gesellschaft? Dass die seinerzeit mit dramatischer Geschwindigkeit verlaufende Verschiebung des *„Referenzrahmens“* nicht unwiederholbar ist, darauf hat der Sozialpsychologe Harald Welzer in seinen Arbeiten eindringlich hingewiesen.

Darum also müsste es gehen: Die Ausstellungsgestaltung auf die Frage zuzuspitzen, warum Otto Amelung nicht einfach nach Hause geht? Eine Möglichkeit wäre, über unterschiedliche Ebenen für Täter, Opfer und Zuschauer an exemplarischen Situationen deutlich zu machen, warum die einen zu Tätern wurden und die anderen zu Opfern gemacht wurden und wie sich die Komplizenschaft der Volksgemeinschaft herstellte. Von der Ausstellungs-Architektur könnte das Massaker vom 8. April 1945 tatsächlich ins Zentrum gerückt werden, um alle sich daraus ergebende Fragen auf der Erdgeschosebene zu behandeln. Der *„Referenzrahmen“* könnte über eine Galerie einen Ausdruck finden; auf dieser Ebene wären die Ein- und Ausschlussmechanismen zu thematisieren, mit denen die Volksgemeinschaft sich konstituierte und die Institutionen sich in den Dienst der NS-Herrschaft stellten. Von hier aus könnten an verschiedenen Punkten mit Treppen Verbindungen zu den Täter- und Opferaspekten der Erdgeschosebene geschaffen werden.



Das – in etwa – sollte der Anspruch sein, weil: Alles andere lässt sich zwischen zwei Buchdeckel pressen oder in regionalgeschichtlichen Unterrichtseinheiten herausarbeiten. Denn es ist eben nicht die Besonderheit von Exponaten, die eine Ausstellung in Celle rechtfertigen würde. Die Bombe ist insoweit tatsächlich ein Blindgänger. Die Besonderheit wäre, in der Nähe der Gedenkstätte Bergen-Belsen die Wirkmechanismen nationalsozialistischer Herrschaft in einer durchschnittlichen deutschen Kleinstadt zum Gegenstand zu machen.

Foto: Formation des BDM (Bund Deutscher Mädel) auf dem NSDAP-Kreisgautag in Celle 1937



Kino 8 ½ im September

jeweils Freitag und
Samstag um 20.30
Uhr



4. und 5. September

C'EST LA VIE

"C'est la vie", der im Original den treffenden Titel "Der erste Tag vom Rest deines Lebens" trägt, ist eine ebenso bewegende wie unterhaltsame Betrachtung darüber, wie wichtig es ist, eine Familie zu haben, auch wenn wir immer wieder versuchen, uns von ihr zu befreien. Oder: Kinder, wie die Zeit vergeht: Mit Leichtigkeit und Ironie beleuchtet Rémi Bezançon die wechselvolle Beziehung zwischen Eltern und Sprösslingen.

Italien 2007 (Kinostart: 29.1.2009), 112 Minuten.

11. und 12. September

DER JUNGE IM GESTREIFTEN PYJAMA

Der achtjährige Bruno ist der behütete Sohn eines Nazi-offiziers. Nach dem Umzug der Familie von Berlin in die Provinz, wo der Vater Kommandant eines Vernichtungslagers wird, lernt er den gleichaltrigen Schmelz kennen, der in dem Lager lebt. Auch wenn die beiden Jungen durch einen Stacheldrahtzaun voneinander getrennt sind, so verflechten sie sich doch auf unausweichliche Weise. - Ein aufwühlender, nie rührseliger Film, ohne Pathos und nahezu frei von Schockszenen.

Frankreich 2008 (Kinostart: 15. Januar 2009), 128 Minuten.

18. und 19. September

CHE - REVOLUCION

Der Film folgt Ches Weg während der kubanischen Revolution und zeigt seinen Aufstieg vom Arzt zum Kommandeur und schließlich zum Helden der Revolution. - Jede Einstellung, jeder Übergang, jede Geste und jedes Objekt vor der Kamera nimmt die Menschenarbeit der Revolution ernst. Der Film ist zugleich eine Art Ausnüchterungszelle für Revolutionsbegeisterte: kein Triumph und kein Martyrium, keine posthume Verklärung und keine Verdammung. Nur ein Mann, der offenbar tut, was er tun muss.

Deutschland 2008 (Kinostart: 5. Februar 2009), 93 Minuten.

25. und 26. September

KLEINE VERBRECHEN

Wolkenloser Himmel, tiefblaues Meer, weiß getünchte Häuser – so kennt man Griechenland. Was gibt es für einen Poli-

zisten auf so einer kleinen griechischen Insel schon zu tun? Ein paar Nacktbader verwarnen, die klapprigsten Autos aus dem Verkehr ziehen, ansonsten Sonne und Meer. Polizeianfänger Leonida, den zudem niemand so richtig ernst nimmt, würde sich daher am liebsten nach Athen versetzen lassen. Doch dann wird eine Leiche gefunden, taucht eine hübsche Fernsehmoderatorin auf und wendet sich in dieser charman-ten kleinen Sommerkomödie das Leben für Leonidas.

Indien 2006 (Kinostart: 5. März 2009).

2. und 3. Oktober

EIN AUGENBLICK FREIHEIT

Film zum „Tag des Flüchtlings“ - Siehe Seite 27

9. Oktober

SPIELVERDERBER - Das Mysterium des Pfeifens

Dokumentarfilm über die Spezies der Fußballschiedsrichter, in Kooperation mit der Kreisschiedsrichtervereinigung Celle.

10. Oktober

CASABLANCA

Publikumswunsch Nr. 1 mit Bogart & Bergman.

16. und 17. Oktober

SIMONS GEHEIMNIS

Der junge Simon verbreitet an seiner Schule in Toronto und in Internet-Chatrooms eine unfassbare Geschichte: Er sei der Sohn eines Terroristen, der vor Jahren ein Flugzeug sprengen wollte. Die Bombe dafür hatte Simons Vater im Gepäck seiner nichtsahnenden Frau versteckt, die damals schwanger war - mit Simon. Ausgelöst durch seine Lehrerin, gewinnt diese Enthüllung schon bald an unkontrollierbarer Eigendynamik. - Durch erzählerische Verwirrungsstrategien ziehe Egoyan den Glauben an eine objektive Wirklichkeit vehement in Zweifel und zeigt Geschichte vielmehr als ein komplexes Gemisch aus Fakten und Fiktionen, Erinnerungen, Spekulationen und sich widersprechenden Perspektiven.

Frankreich 2008 (Kinostart: 15. Januar 2009), 128 Minuten.

23. und 24. Oktober

ALLE ANDEREN

Während eines Sardinien-Urlaubs bekommt die Liebe eines deutschen Paares um die Dreißig Risse, als es durch die Konfrontation mit einem anderen Paar die eigenen Lebensentwürfe und Rollenmuster in Frage gestellt sieht. Mit akribischer Genauigkeit und intimer Nähe zu den hervorragend gespielten Figuren verfolgt der Film den Zersetzungsprozess einer Beziehung im Spannungsfeld zwischen Sehnsüchten und Erwartungen, inneren Unsicherheiten und gesellschaftlichen Mustern.

Politische Termine in und um Celle

Sa., 5. September, 8.00

Einfach mal abschalten – Anti-AKW-Demo in Berlin

Abfahrt: Celle Schützenplatz

Anmeldungen bitte unter forum-gegenatomenergie@gmx.de oder 05141-330503 Kosten: 18 EUR normal, 15 EUR für Kinder, Schüler_innen, Erwerbslose

Sa., 12. September

Demonstration gegen Naziaufmarsch in Hannover

Wenn Rechtsextreme sich wie angekündigt am 12. September in Hannover versammeln, müssen sie erneut mit einer großen Gegendemonstration rechnen. Unter Führung des DGB hat das Aktionsbündnis gegen den Aufmarsch jetzt eine Kundgebung auf dem Klagesmarkt sowie zwei Demonstrationzüge durch die Innenstadt angemeldet.

Das Bündnis sei mit Blick auf den 12. September „offen für Aktionsformen, die eine Blockade des Aufmarsches beinhalten können“, sagt DGB-Chef Wertmüller. So soll der offizielle Aufruf zur Gegendemo auch eine Formulierung enthalten, in der von „Querstellen“ oder „in den Weg stellen“ die Rede ist.

So., 13. September, 13.15

Führung in Bergen-Belsen

Thematische Führung durch die Ausstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen mit Dr. Bernhard Strebel zu den Verbindungen der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen (Lagergeschichte(n), Häftlingsschicksale, TäterInnen). Treffpunkt ist um 13.15 Uhr vor dem neuen Ausstellungsgebäude; von Celle aus ist eine kostenlose Hin-fahrt ab 12.15 Uhr ab Bahnhof /ZOB (Spur A) mit dem "Entdeckerbus Südheide" möglich; Rückfahrt um 15.45 Uhr.

Veranstalter: Rosa-Luxemburg Stiftung Niedersachsen in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Club Celle und dem KV Celle der VVN/BdA. Anmeldungen bitte unter: rlc-celle@web.de

Fr., 18. September, 16.00

Sommerfest des DGB und der Einzelgewerkschaften

Innenhof bei der IGM-Geschäftsstelle, Trift

Mo., 21. September, 19.00

CZ-Podiumsdiskussion der Direktkandidaten für den Bundestag

Congress Union

Do., 24. September, 20.00

Filmabend: Du arme Sau

Film von Christian Jentsch über den Gentech-Konzern Monsanto und „Das Geschäft mit dem Erbgut“

Veranst. attac Celle im KINO 8 1/2

Do., 29. Oktober, 19.00

Roma – die größte Minderheit Europas

In Südosteuropa eskalieren die Übergriffe bis hin zu Morden an Roma. Deutschland schiebt Roma in den Kosovo ab, wo sie an Leib und Leben gefährdet sind und keinerlei Existenzmöglichkeiten haben. Die Verfolgung und Diskriminierung der Roma ist kein aktuelles Thema, seit Jahrhunderten werden sie ausgegrenzt und müssen häufig auch um ihr Leben fürchten. In unserer Veranstaltung wird der Referent einen Überblick auf Geschichte, Sozialstruktur und Verfolgung der Roma in Deutschland geben und in einem zweiten Teil exemplarisch deren Lage in Europa darstellen.

Klaus Mellenthin ist Kursleiter an der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterchule – VHS Hamburg

Celle, Pauluskirche, Rostocker Str. 90

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und dem Rosa Luxemburg Club Celle statt.



Fr., 2. & Sa., 3. Oktober, 20.30

Ein Augenblick Freiheit

Zum „Tag des Flüchtlings“ zeigt das Kino 8 ½ in Kooperation mit dem AK Ausländer den Film „Ein Augenblick Freiheit“. Christina Moles Kaupp schrieb dazu in „fluter“: „Flüchtlingsschicksale bewegen, auch wenn ihre Zahl den Blick auf Einzelschicksale schier verstellt. Letztes Jahr waren insgesamt 42 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, gewaltsamen Konflikten, Krieg und Menschenrechtsverletzungen, weiß das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR. Wie es Einzelnen auf der Flucht ergehen kann, darüber hat Arash T. Riahi, Österreicher mit iranischen Wurzeln, seinen ersten, inzwischen mit Preisen überhäuften Spielfilm gedreht. [...] Zwei Flüchtlingsgruppen aus dem Iran sind auf dem langen Weg nach Europa - mit gefälschten Papieren und Schleppern, denen nicht zu trauen ist. Zwei Freunde wollen zwei kleine Kinder zu ihren Eltern nach Wien bringen, ein Ehepaar flüchtet mit ihrem Söhnchen über die Berge. Stets die Angst im Nacken hasten sie durch die kalte, karge Landschaft, landen im Van eines Flüchtlingshelfers. Endlich erreichen sie Ankara. In einem schäbigen Hotel, spezialisiert auf Verzweifelte, treffen sie weitere Leidensgenossen: einen kurdischen Lebenskünstler und einen politischen Aktivist. Ein Asylantrag bei der UN ist ihr nächstes Ziel, Sicherheit gibt es bis dahin nicht. Hinter jedem freundlichen Gesicht könnte sich ein iranischer Geheimpolizist verstecken, auch der türkischen Polizei ist nicht zu trauen, derweil geht das Geld aus, wachsen Ungeduld, Angst und Zweifel.“

Österreich, Frankreich 2008, OmU, 110 min.

Kunst & Kultur

Fr., 4. September, 19.00

NDR Bigband

Mit dem Programm „What A Wonderful World“; im Vorprogramm: Hölty Bigband

Alte Exerzierhalle, Eintritt: 15,00 / 7,50

Sa., 5. September, 20.00

Eric Fish & Friends

Der Frontmann von SUBWAY TO SALLY zeigt sich, eingerahmt von Kerzenlicht, begleitet von vier Freunden auf Klavier (Gerit Hecht), Akustikgitarren (Uwe Nordwig, Rainer Michalek) und Cello (B.Deutung - The Inchtobakatables) von einer anderen Seite.

CD Kaserne, Eintritt: 12,90 VVK, 15,00 AK

Sa., 5. September, 22.00

mechatronika vs. turntablism

techno.minimal.house-Party auf zwei Floors

Buntes Haus, Eintritt: 4,00

Fr., 11. September, 21.00

Freedom – The Party

CD-Kaserne, AK: 3,00

Fr., 25. September, 20 Uhr

Open Stage der CRI

CRI-Räume auf dem Gelände der CD-Kaserne - <http://www.cri-web.de/>

Sa., 26. September, 21.00

Still Collins

Genesis & Phil Collins Tribute Show

CD-Kaserne, VVK: 11,90 / AK: 13,00

Mi., 30. September, 20.00

Barbara Dennerlein

Die „Tastenkönigin“ des Jazz mit kleiner Begleitcombo und neuer CD präsentiert von Kultur Querbeet

CD Kaserne, 25,90 VVK, 27,00 AK

Fr., 9. Oktober, 20.00

Ebermann & Trampert

„Vertrauen“ – ein satirisches Programm über die Krise von Thomas Ebermann und Rainer Trampert – siehe Seite 19

Kunst & Bühne, Nordwall

Veranst.: Rosa Luxemburg Club

Eintritt: 10,00 / 6,00 (erm.)



Do., 22. Oktober, 20.00

Martin Weiss Trio String Matrix

Der geniale Violinevirtuose *Martin Weiss* verschmilzt mit seinem *Trio String Matrix* die Musik des Hot Club de France, Mainstream Jazz und Kammermusik.

Forum des Burgschulzentrums

Veranst.: attac, Ev. Kirchenkreis, GEW, Weltladen, VVN/BdA, amesty international, HVHS Hustedt, ver.di,

Eintritt: 12,00 / 8,00 (erm.)

VVK: Weltladen + Sternkopf&Hübel

Fr., 23. Oktober, 20.00

Basta

Mit dem neuen A-Capella-Programm
CD-Kaserne, VVK: 17,90 / AK: 19,00

Mi., 28. Oktober, 19.30

Jazzchor Freiburg feat. Torun Eriksen, Norway

Präsentiert von Kultur Querbeet

Stadtkirche, VVK: 15,00, AK: 17,00

(vorläufiger Redaktionsschluss: 23. Oktober)

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“
jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer
jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello
Erwerbslosenberatung
Je. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum
Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen
Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Termine im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:
jeden Mi. ab 19 Uhr
Antifa-Café:
je. 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr
Archiv
jeden Do., 17-19 Uhr
Plenum
jeden Do. 19 Uhr
Volxküche
jeden So. 18 Uhr
Kneipe
jeden Mo. 20 Uhr
Infoladen
jeden Mo. 19-21 Uhr

Forum gegen Atomenergie
Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr